INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

Nr. 330

4. Mai 1995

KAMPF DEN DEUTSCHEN ZUSTÄNDEN

DEMO 8. Mai 1995, 15.30 Uhr Nollendorfplatz

Zwischenkundgebung 17.00 Uhr
ehem. Gestapo-Gelände
S-Bhf Anhalter Bahnhof
Abschlußkundgebung an der Neuen Wache

Alle Jahre wieder - 1. Mai!

Richtig gemütlich war die Stimmung auf dem 1. Mai-Fest im Prenzelberg: Von Kultur bis Politik war fast alles an Gruppen vertreten, die linksradikale Politik zur Zeit ausmachen. Ein angenehmes Wetter und das gute Musikprogramm taten das ihre dazu. Fast schon zu gemütlich, wäre da nicht die erfrischende Randale am Abend zuvor gewesen, die allen Beteiligten - und vor allem Unbeteiligten - den geeigneten Gesprächsstoff für diesen Nachmittag abgab. Am gleichen Abend knallte es wohl ein zweites Mal im Prenzelberg, aber mehr wissen wir derzeit auch nicht.
Als Erfolg der Antifa-Aktivitäten der letzten Jahre läßt sich auch verbuchen, daß sich die Nazis an diesem Tag (wohl) nirgends blicken ließen.
Alles in allem also ein ganz passabler 1. Mai. Aber - um es mit den Worten der, ebenfalls mit ihrem 1. Mai-Meeting etwas unzufriedenen Gewerkschaftsbasis zu sagen: -"Ob eine Grillparty wohl eine kämpferische Demonstration ersetzen kann???"

Erfreulicherweise herrscht im Wendland auch nach dem 1. Castor-Transport keine depressive Stimmung. Im Gegenteil, eher ist zu hören, daß es das nächste Mal noch teurer wird. Daß mit den Kosten für den Castor-Transport eine empfindliche Stelle getroffen wurde zeigen die Diskussionen über die Verteilung dieser Kosten (auch wenn die Parteien jetzt versuchen ihr eigenes politisches Süppchen damit zu kochen). Für steigende Kosten beim nächsten Castor-Transport können wir überall sorgen, z.B auch hier in Berlin. Der nächste Transport ist für diesen Herbst angekündigt... Klasse am Wiederstand gegen den Castor ist, daß es keine Distanzierungen aus dem Lager der eher gewaltfrei agierenden Gruppen gegenüber den vielen militanten Aktionen gegeben hat. Umso merkwürdiger ist die Kritik von "Timor und seinem Trupp" (I. Nr. 329) an militanten Wiederstandsformen in der Anti-AKW-Bewegung. Klar werden Siemens und Co versuchen auch mit der Sonnenenergie Profit zu machen, wenn sie mit der Atomenergie abkassiert haben - das macht den militanten AKW-Wiederstand noch lange nicht zu deren Handlangern!

Damit uns bei der Veröffentlichung eurer Beiträge keine Fehler unterlaufen noch folgende Bitte: Kennzeichnet genau, was von den Beiträgen die ihr uns zuschickt gedruckt werden soll und was nicht.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

27 Polizisten verletzt - Haftbefehl für sechs Chaoten

Auch in der Nacht zu gestern flogen die Steine in Prenzlauer Berg. Bis zu 300 Randalierer zündeten an der Rykestraße Bau- und Müllcontainer an. Hundert Chaoten wurden vorübergehend festgenommen. Sechs von ihnen erhielten Haftbefehl unter anderem wegen schweren Landfriedensbruchs und Körperverletzung.

Die Auseinandersetzungen hatten begonnen, als die Jugendlichen nach einem Straßenfest am Humannplatz zum Kollwitz-Platz zogen, dort Straßensperren errichteten und Polizisten mit Steinen bewarfen. Die Beamten gingen mit Wasserwerfern und Tränengas vor. Gegen 1.30 Uhr war die Lage wieder ruhig. Fazit: 27 Polizeibeamte wurden zum Teil schwer verletzt. Wie viele Verletzte es auf seiten der Randalierer gab, wurde nicht bekannt.

Möglicherweise gehen auch vier Brandstiftungen an Autos auf das Konto der Krawallmacher. Gegen 1.45 Uhr brannte ein Ford Escort an der Prenzlauer Allee aus. Zwei weitere Autos wurden durch das Feuer beschädigt. Zehn Minuten später stand in der Gethsemanestraße ein Daimler-Benz in Flammen. Unter dem Brückenbogen am Hackeschen Markt (Mitte) brannte

1. Mai
In Berlin Krawalle

72 Polizisten verletzt

1. Mai in Berlin: Tag der Arbeit vor allem für die Polizei.
Am Kollwitzplatz (Prenzlauer Berg) randalierten 500 Jugendliche. Feuer, umgestürzte Autos, ein gestürmter Drogerie-Markt. Die Polizei war mit zwei Wasserwerfern und Tränengas im Einsatz. Die Krawalle begannen schon am Sonntag abend mit einem Walpurgisnacht-Fest. Polizei und Feuerwehr waren angerückt, um Lagerfeuer auf dem Platz zu löschen.
Um 23.37 Uhr flogen die ersten Steine gegen die Feuerwehrmänner. Immer mehr Randalierer versammelten sich auf dem Platz. Schon 20 Minuten später standen den Beamten mehr als 2000 Autonome gegenüber. Auch die Polizei holte Verstärkung, setzte schließlich 600 Beamte ein.
Die Gewalt eskalierte: Der Mob warf mit Steinen und Flaschen, errichtete Barrikaden aus Bauwagen und -Containern. Eine brutale Straßenschlacht entwickelte sich.



Mit Steinen, Flaschen und brennenden Gegenständen bewarfen die Chaoten die Polizisten auf dem Kollwitzplatz

Inhalt:

Ordner:
Demoaufruf 6.5. Bremen
Zeitungsartikel Leipzig
Un-Gipfel Kopenhagen
Finale Eindrücke zum autonomen Kirchentag

8. MAI DIE FASCHISTISCHE KONTINUITÄT BRECHEN!

8. Mai – Tag der vorläufigen Niederschlagung des Faschismus

Seit dem 1. September 1939, dem Angriff Hitlerdeutschlands auf Polen, hatten die deutsche Wehrmacht und ihre Verbündeten einen Großteil Europas und der Sowjetunion angegriffen und besetzt. SS, SA und die Wehrmacht ermordeten Millionen Menschen zerstörten Städte und Dörfer. Erst am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht endgültig. Der Sieg der Alliierten bedeutete nicht nur das Ende des faschistischen Deutschland. Vor allem für die wenigen Überlebenden aus den Konzentrationslagern und diejenigen, die teilweise seit 1933 Widerstand geleistet hatten, war der 8. Mai der Tag der langersehnten Befreiung.

Nachdem die Nazis 1933 mit Unterstützung aus Wirtschaft und konservativer Politik sowie aktiver Unterstützung und massenhafter Duldung aus der Bevölkerung an die Macht gelangt waren, installierten sie ein System von bisher nicht dagewesenem Terror. Gegründet auf der Ideologie von Volksgemeinschaft, Führerprinzip, Rassismus, Antisemitismus und Antikommunismus, hatte die Politik der Nazis nach innen die völlige Unterdrückung von Opposition und nach außen ein militaristisches und aggressives Vorgehen zur Folge.

Die Wahnvorstellung von der Überlegenheit einer vorausgesetzen "arischen Rasse" gipfelte schließlich in der geschichtlich einzigartigen industriellen Massenvernichtung der jüdischen Bevölkerung sowie Sinti und Roma. Der Folter und Ermordung in den Konzentrationslagern fielen auch Homosexuelle, SozialdemokratInnen, KommunistInnen, sogenannte "geistig Behinderte" und viele andere, für die im faschistischen Weltbild kein Platz ist, zum Opfer.

Seitdem steht der 8. Mai als Datum für die Niederlage Deutschlands und die Zerschlagung des faschistischen Regimes, das bis zu seinem Ende auch vom Großteil der deutschen Bevölkerung getragen wurde. Für die Opfer des Nationalsozialismus, die Gefangenen der Konzentrationslager, die Verfolgten und Diskriminierten ist der 8. Mai seither der Tag der Befreiung.

Es gibt keine Stunde Null – Faschistische Kontinuität nach 1945

Nach dem Krieg wurde Deutschland in alliierte Besatzungszonen aufgeteilt, aus denen sich unter dem Einfluß der jeweiligen Kontrollmächte BRD und DDR entwickelten.

In der Bundesrepublik fand eine konsequente Aufarbeitung des Nationalsozialismus nie statt. Stattdessen wurde der schon im Dritten Reich vorhandene Antikommunismus schnell zur neuen Staatspolitik im Kalten Krieg.

Führende Nazi-Persönlichkeiten wurden in den Staatsdienst übernommen, während der amerikanische Geheimdienst die Ausschleusung anderer Nazi-Größen nach Südamerika organisierte. In Behörden, Justiz und Politik kam es zu keinem personellen Bruch mit der faschistischen Vergangenheit, die Bundeswehr wurde von führenden Wehrmachtsgenerälen mit aufgebaut. Ähnlich verlief die Entwicklung an den Universitäten oder etwa im Gesundheitsbereich. Zwei weitere Beispiele: Der Kommentator der Nürnberger Rassengesetze von 1935, Heinrich Globke, wurde bereits 1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, der KZ-Architekt Heinrich Lübke war von 1959 bis 1969 Bundespräsident der BRD. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Erst die StudentInnenbewegung thematisierte ab 1968 diese personelle und gesellschaftlich-politische Kontinuität. Trotzdem konnten faschistische TäterInnen teilweise bis heute hohe politische und gesellschaftliche Positionen innehalten, so zum Beispiel der Berliner Präsident des Deutschen Roten Kreuzes und NS-Richter Hartwig Schlegelberger.

Auch die wirtschaftlichen Profiteure der Nazi-Herrschaft wurden nie enteignet. Der Konzern IG-Farben, der schon vor 1933 die NSDAP finanziell unterstützte und die Herstellung von Zyklon B für die Gaskammern von Auschwitz zu verantworten hat, wurde in die Aktiengesellschaften Bayer, Hoechst und BASF umbenannt, die immer noch blühen und gedeihen. Heute fordern sie sogar ihren in der DDR enteigneten Besitz zurück!

Ein Beispiel für die Kontinuität zwischen dem Dritten Reich und der BRD ist die fortgesetzte polizeiliche Verfolgung und gesellschaftliche Hetze gegen Homosexuelle und Roma und Sinti. Sogenannte "Zigeunerlisten", die von den Nazis angelegt worden waren, wurden von der BRD-Polizei bis in die 80er Jahre hinein genutzt. Erst durch eine bewaffnete Aktion der Revolutionären Zellen (RZ) wurde dem rassistischen Treiben ein Ende gesetzt und die Listen vernichtet.

Nazis in der DDR

In der DDR kam es nach 1945 zu einer weitestgehenden Enteignung der Großgrundbesitzer und Konzerne. Führende Nazi-Funktionäre wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. In den darauffolgenden Jahren waren es vor allem ehemalige WiderstandskämpferInnen und aus dem Exil zurückgekehrte KommunistInnen und SozialistInnen, die versuchten, ihre Ideale von einer menschlicheren Gesellschaft zu verwirklichen. Der erste Rückschlag dabei waren die stalinistischen Säuberungskampagnen gegen jüdische KP-Mitglieder und sogenannte "West-ImmigrantInnen" in allen Ländern Osteuropas. Zwischen 1948 und 1953 kam es zu Schauprozessen und SED-Ausschlußverfahren gegen ehemalige antifaschistische WiderstandskämpferInnen. Auch die DDR, die nach außen immer als antifaschistischer Staat glänzen wollte, benutzte Nazi-Kader des Dritten Reichs für ihre Zwecke. Für die Stabilisierung der DDR erwiesen sich eine Reihe von Alt-Nazis als unverzichtbar. 1965 saßen in der 53 ehemalige NSDAP-Mitglieder in der Volkskammer, 12 Ex-Nazis waren zu diesem Zeitpunkt

Mitglieder bzw. KandidatInnen der SED. Mindestens zwei ehemalige NSDAP-Mitglieder waren Angehörige des Staatsrates der DDR und fünf Ex-Nazis besaßen Ministerposten. So zum Beispiel Ernst Großmann: Vor 1945 Mitglied der NSDAP und Angehöriger eines SS-Totenkopfverbandes in Oranienburg-Sachsenhausen. Nach der Zerschlagung des Dritten Reichs wurde er Mitglied im ZK der SED und u.a. Vorsitzender einer LPG. Dieses und viele andere Beispiele zeigen, daß es die DDR mit ihrem antifaschistischen Grundkonsens nicht so genau nahm. Der staatlich verordnete Antifaschismus mußte so über die Jahre zur leeren Phrase verkommen.

Gegen die Geschichtsumschreibung im "neuen" Deutschland!

Wie jedes geschichtliche Datum wird auch der 8. Mai von verschiedener Seite verschieden bewertet. Auf staatlicher und reaktionärer Seite ist er ein weiterer Anlaß für die in den letzten Jahren immer stärker werdende Umschreibung der Geschichte.

So gibt es Versuche, den 8. Mai als Tag der allgemeinen Befreiung Deutschlands von "den Nazis" darzustellen. Diese beinhaltet die Befreiung der Häftlinge von Auschwitz genauso wie die "Befreiung" deutscher MittäterInnen, die noch 1943 dem "totalen Krieg" (NS-Propagandaminister Goebbels) zugejubelt hatten. Damit wird die Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen an die NS-Führung abgegeben und die MittäterInnen des Faschismus als Opfer dargestellt, die von den Verbrechen der Nazis angeblich nichts gewußt hätten. Auch die Bezeichnung des 8.Mai als Tag der Befreiung wird von konservativen Politikern wie dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger abgelehnt und in rechtskonservativer Tradition als militärische Niederlage Deutschlands gesehen -und bedauert?

Diese Darstellung fügt sich ein die seit Jahren angestrengten Versuche von Faschisten und konservativen Kreisen, den Nationalsozialismus zu verharmlosen, seine Verbrechen zu leugnen und das Gedenken an die Folgen von zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft auszulöschen. So gibt es Bestrebungen, die Einzigartigkeit des Nationalsozialismus zu relativieren und – wie der rechtsradikale Historiker Ernst Nolte – Auschwitz als Reaktion auf die Politik der SU unter Stalin zu entschuldigen. Was in den achtzigern als rechtsradikale und relativ isolierte Position galt, durfte Ernst Nolte 94 im grössten Nachrichtenmagazin der BRD, dem "Spiegel", einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Auf der Ebene offizieller Politik finden diese Positionen Widerhall. So gedachte bereits 85 Helmut Kohl in Bitburg Angehörigen der Waffen-SS. Ende 93 wurde in Berlin die Neue Wache als Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus in die "zentrale Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft" umbenannt und damit ermordete JüdInnen mit gefallenen SS-Offizieren gleichermaßen geehrt!

Kein Vergeben – Kein Vergessen !

Für uns geht es darum, die Auseinandersetzung über die Ursachen und Folgen des Faschismus wieder aufzunehmen, sie zu vertiefen und aus der Geschichte zu lernen. Das heißt unter anderem, heute noch lebende faschistische TäterInnen zu benennen und die Rolle von Militarismus und Rassenideologie sowie Sexismus und Nationalismus als grundlegende Elemente der faschistischen Ideologie zu erkennen. Dazu gehört auch, Ursachen des Faschismus in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu bekämpfen und aktiv gegen Rassismus, Antisemitismus, Schwulen und Lesbenfeindlichkeit und gegen die Ausgrenzung von sogenannten "Behinderten" in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv vorzugehen.

Aus der Geschichte lernen bedeutet aber genauso, die Erinnerung an die Opfer des faschistischen Terrors lebendig zu halten und das Wissen um die Möglichkeit von Widerstand weiterzutragen.



v.i.S.d.P.: Herbert Baum
Straße des jüdischen Widerstands, 1942 Berlin

Zum Gedenken des 50. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus:

Kommt zur

Antifaschistischen Demonstration am Sonntag, den 7. Mai nach Rathenow

Treffpunkt: 13.00 Hauptbahnhof

Buttersäure gegen Kapital!- und Geld stinkt doch!

In Zürich haben wir heute, den Mittwoch 26. April 1995 drei Banken, Bank Prokredit, SKA - Werdmühleplatz, SBG-Hauptsitz, und das SBG - eigene Hotel Widder geschlossen. Wir haben sie mit Buttersäure unbrauchbar gemacht. Der gleichzeitige Angriff auf verschiedene Ziele zeigt die gleichzeitige Uebermacht der Banken in den verschiedensten Bereichen der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Banken sind nicht nur sichtbarer Ausdruck des Finanzplatzes Schweiz und seiner Funktion in der weltweiten Ausbeutung. Sie beherrschen auch die grossen und kleinen Betriebe hier, in denen die Ausbeutung von uns Arbeitenden stattfindet. Speziell in der jetzigen Krise sind die Banken ein Antreiber von "Restrukturierungen", durch die viele auf die Strasse gestellt werden, die restlichen zu mieseren Bedingungen härter arbeiten müssen. Für das steht unser Angriff auf den Haupsitz der SBG. Unser Angriff auf die Bank Prokredit zielt auf das fiese Wuchergeschäft mit den Kleinkrediten, bei dem ProletarierInnen in Notlagen noch speziell ausgesaugt werden. Ihre knallharte Sklaventreiberfunktion verstecken die Banken zum Beispiel hinter einer Fassade freundlicher Verwalter unserer Löhne und aufgestellter Förderer währschafter Kleinunternehmer. Das passiert in den "netten" kleinen Filialen, z.B. in der SKA am Werdmühleplatz. Die haben wir auch geschlossen.
Als Sponsoren von Kultur- und Sportveranstaltungen beeinflussen die Banken das ideologische Klima in ihrem Sinn. Dass sie dabei auch mal ruppiger vorgehen können, bewies die SBG mit ihrer Luxussanierung des Rennweg-Augustinerquartiers. Gegen den heftigen Widerstand der BewohnerInnen haben sie dort das Nobelhotel Widder zum Symbol der Arroganz ihrer Macht gemacht. Auch dieses Vergnügen haben wir ihnen verstunken.

Kurz, sie planen und bestimmen die kapitalistische Politik und verschärfen damit die Ausbeutung.

Wir, dieAusgebeuteten, brauchen weder die Banken noch dieses Ausbeutungssystem. Das, was wir von diesem System scheinbar geschenkt bekommen, auch die Zinsen vom eigenen Sparkonto, haben die Kapitaliste uns vorher weggenommen - und noch vieles mehr dazu! Ihr Profit ist unser Verlust. Lassen wir ihre Profite stinken! Aber Gestank allein macht uns nicht glücklich. Wir wollen mehr - nämlich das System abschaffen, das uns tagtäglich ausbeutet. Auf legalem Weg ist keine Aenderung der bestehenden Machtverhältnisse, keine grundlegende Systemveränderung möglich. Die Besitzenden haben ihre Macht abgesichert, z.B. durch ihre Gesetze, ihre selbst festgelegten Spielregeln. Unser Beitrag zeigt auf, dass ein Angriff auf ihre Geschäfte zentral möglich ist. Wer sich gegen die Kapitalisten stellt, stellt sich auch gegen ihre Regeln und ihr Gewaltmonopol. Wir werden immer wieder ihre Regeln durchbrechen , sie angreifen, an ihrem Gewaltmonopol nagen. Der Angriff auf die Herrschaftsverhältnisse kann in vielen verschiedenen Formen daherkommen.

Am I. Mai nur Festen ist aber keine davon.

1. Mai - Spaß dabei !

Den hatten wir Prenzlauer Allee/Erich Weinert-Str. : der Eingangangsbereich des Yuppie-Hotels SORAT ist jetzt auf Durchzug geschaltet.

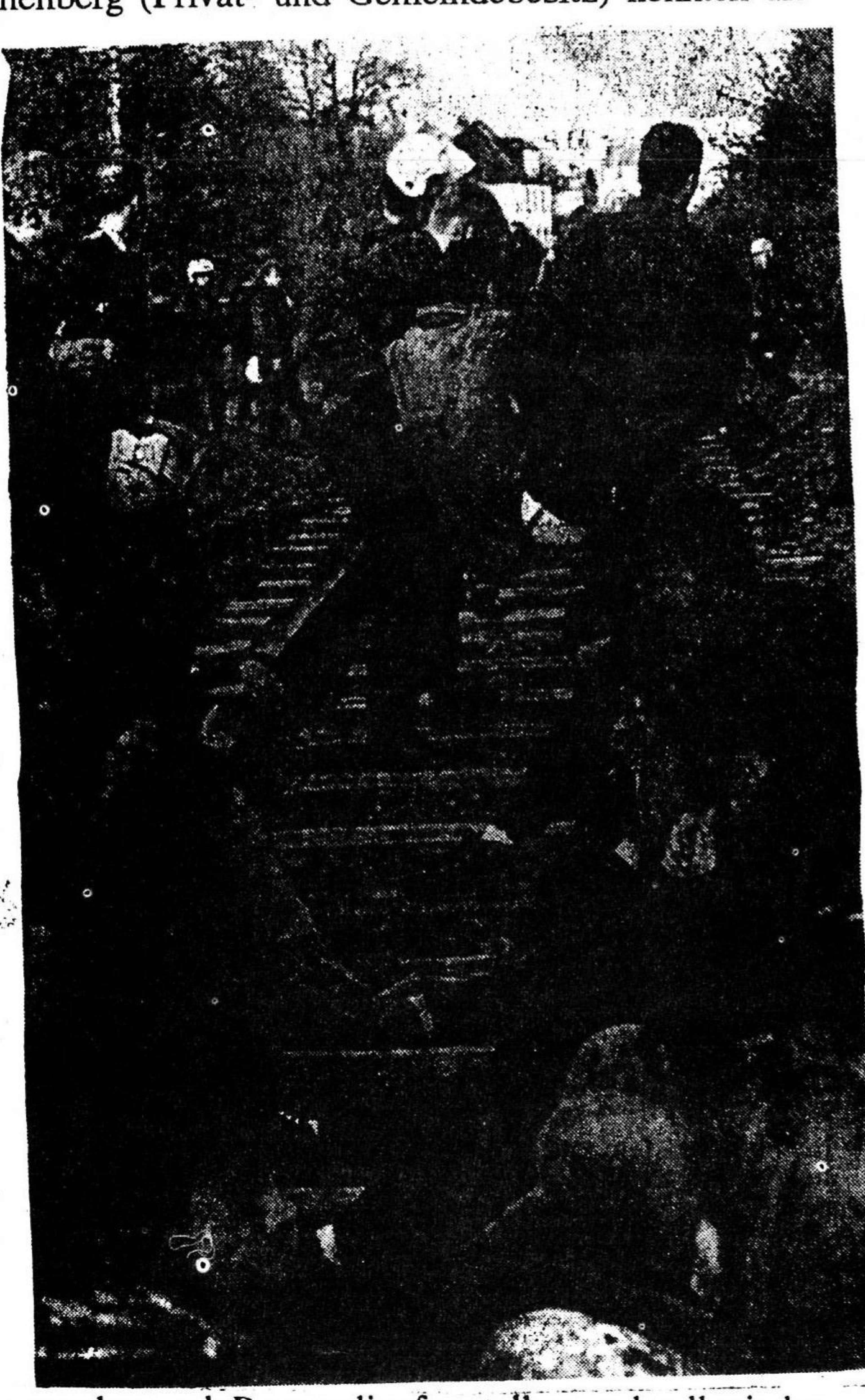
Krieg den Palästen !

Dies ist ein erster Bericht von Leuten aus Berlin, die die letzten Tage um den Castortransport im Wendland verbracht haben. Uns ist klar, daß dies keine tiefgehende Analyse oder was auch immer ist, aber wir finden unsere Eindrücke wichtig für die strahlenfreie Zukunft.

Die Lage vor Ort

Im Blickpunkt der Medien stand in den letzten Tagen neben BND-Plutoniumschmuggel und "Energiekonsensgesprächen" der "vorläufige Schlußstrich unter das jahrzehntelange Ringen" um die Atommüllagerstätte Gorleben. Der "größte und teuerste" Bulleneinsatz seit Bestehen der BRD geleitete den Castorbehälter mit abgebrannten Kernbrennstäben in eine "Zwischenlager" genannte Stahlbeton-Wellblechgarage, in der andere Leute höchstens ihre Baumaschinen abstellen würden. Damit ist der "Nachweis auf Entsorgung" von Atommüll, wie ihn das Gesetz für eine Nutzung von Kernenergie vorschreibt, gegeben und der Macht der Atommafia sind alle Tore geöffnet. (In Greifswald, Morsleben und Schacht Conrad sind weitere Zwischen- und Endlager in Planung.
Castorbehälter sind auch vorher gerollt. Ihr Ziel war keine niedersächsische Abstellkammer, sondern französische bzw englische Zwischen- und Endlager. Die seit Jahren eingeschlafene Anti-AKW-Bewegung hat sich da nicht quergestellt.
Der Transport wurde von erfreulich vielen Sabotageaktionen wie abgerissenen Oberleitungen, angesägten Gleisen usw. bundesweit begleitet. Am Tag des Transportes waren die Aktivitäten allerdings auf Phillipsburg und das Wendland beschränkt. Entlang der Strecke gab es wenig, in den Städten fast garkeine Reaktion. Bundesweit Scherbendemos ... leider nicht.

Vor Ort herrschte eine merkwürdige Atmosphäre zwischen Volksfest ("wo bitte gehts nach Woodstock") und Resignation. Eine Wiese in Dannenberg (Privat- und Gemeindebesitz) konnten die Bullen wegen Duldung durch die Besitzerin nicht räumen. Dort war ein Sammelpunkt für Infos, zum Durchatmen und wieder losziehen. Daneben gab es dezentrale Aktionen wie z.B. Treckerblockaden, Barribau, Straßen- und Gleisblockaden, Anschläge auf Gleise. Und trotz der massiven Bullenpräsenz gab es erstaunlich viele gute direkte Aktionen, die auch vom "gewaltfreien" Spektrum begeistert aufgenommen wurden. Eine Spaltung an der Gewaltfrage fand nicht statt.



Der Bulleneinsatz verlief nach einer schwer durchschaubaren Taktik. Statt einer erwarteten weiträumigen Absperrung und Massenfestnahmen fuhren sie weitgehend die Deeskalationsschiene, waren relativ im Hintergrund und nicht so drauf, wie Mensch sie sonst kennt. Wahrscheinlich ließ sie ihre zahlenmäßige und technische Überlegenheit als auch die Anwesenheit der Presse Ruhe bewahren. War die Lage dunkel und unbeobachtet, konnte sich das ganz schnell ändern. (Nächtliche Verkehrskontrollen, abgestochene Reifen, präventives Verprügeln aller AutoinsassInnen, durchgeschnittene Benzinleitungen....) Sie zogen lange nicht alle Register.
Trotzdem fühlten sich viele gelähmt und machtlos. Das lag wohl oft an mangelnder Vorbereitung und Koordination, wodurch viel Aktionswillen ins Leere lief. Die Bullen konzentrierten sich auf die Sicherung des Transportes und der Strecke und ließen sich kaum auf "Schlachten an Nebenschauplätzen" ein. Sogar in Gewahrsam-Genommene wurden nach Personalienfeststellung schnell wieder freigelassen. Offenbar wollte der Atomstaat ein "moderates" Bild abgegeben und hatte es letztendlich auch nicht nötig sei gesamtes Überwachungs- und Unterdrückungspotential auszuspielen.

Zur Chemie des Widerstandes

Ein wichtiges Thema im Wendlandwiderstand ist das Zusammenspiel von "Militanz" und "Gewaltfreiheit". Die Bewegung setzt sich aus sehr unterschiedlichen Menschen zusammen. (Jugendliche, Ökos, Landfreaks, "Normala/os", Menschen über sechzig, BauerInnen und auch ein paar "Autonome" und KFZ-MechanikerInnen...) Genauso bunt ist die Palette der Aktionsformen (Sitzblockaden, Liedersingen,



Barrikadenbau, Sabotage und Anschläge, Öffentlichkeitsarbeit). Auffällig war die gute Verpflegung der Aktiven durch die ansässige Bevölkerung (lecker!).
Die Akzeptanz für direkte Aktionen ist erfreulich breit. Eine Spaltung in "guten" und "kriminellen" Widerstand ist den Herrschenden diesmal nicht gelungen. Im Gegenteil, viele "Gewaltfreie" beteiligten sich am Barrikadenbau usw. Allerdings wird Gewalt gegen Menschen von den meisten WendländerInnen abgelehnt. Das führte übrigens gegen Ende des Transportes auch zu kleineren Irritationen. Es ist daher wichtig, genau zu überlegen, wann und wo Angriffe auf Bullen und andere Atomstaatsbüttel angebracht sind und wo nicht. Doch dazu später mehr.

Klar ist, daß es weitergehen wird. Gleich nach der geglückten Einlieferung des Castors hieß es aus Bonn, daß es jetzt weitere Transporte nach Gorleben geben wird. Wahrscheinlich werden sie das ab Frühsommer `95 versuchen.



Die Taktik der BI. Lüchow - Dannenberg besteht wohl im wesentlichen darin, durch Intensivierung des bisher Gelaufenen die Transport- und Sicherheitskosten so hoch zu treiben, daß dadurch politischer Druck entsteht. Was davon zu halten ist, läßt uns 2feln. 80 Millionen, 100 Millionen - das schreckt diesen Staat nicht, wenn er sich weiter auf Atomenergie festlegt.
Klar ist aber auch, daß schon sowas wie eine "neue" Anti - AKW "Bewegung" spürbar ist. Total viel junge Leute waren vor Ort, vielen wahrscheinlich zum ersten Mal mit so einem gigantischen Bullenapparat konfrontiert. Es ist die Frage, ob sie sich auf absehbare Zeit als SitzblockiererInnen vor prügelnde Bullen und Wasserwerfer setzen oder offensivere Aktionsformen wählen werden. Manche waren allerdings auch zum jetzigen Zeitpunkt schwer entschlossen.
Wir denken, daß es für zukünftige Aktionen im Wendland als auswärtige UnterstützerInnen wichtig ist, sich vorher ein paar Sachen klar zu machen.
Es gibt keine klare Linie der AtomgegnerInnen im Wendland außer der Einen - gegen Atomanlagen zu sein. Aber es gibt die Erkenntnis, daß trotz aller Unterschiedlichkeiten dieses Ziel nur gemeinsam und im gleichberechtigten Umgang miteinander erreicht werden kann.
Eine Kriminalisierungswelle hat das Wendland schon hinter sich (von `84 bis Anfang der 90er liefen §129 Verfahren) - eine "Gewaltfrage" wird bei gegenseitigem Respekt hier hoffentlich nicht mehr spalten können.
Leute aus Berlin, die vielleicht bald dort hin fahren werden, sollten also die Unterschiedlichkeit des Widerstands im Kopf haben und sich ansonsten selbst überlegen, was sie vor Ort wollen. Es ist was anderes als in eine andere Stadt auf ne Demo zu fahren.
Wichtig ist eine gute Ortskenntnis. (Zu empfehlen sind Wanderkarten mit allen Wald- und Fußwegen). Das Wendland ist groß. Falls die Bullen alle möglichen Straßen absperren, gibt es meist immer noch einen Weg, durchzukommen. Das ist überhaupt das Spaßige; die müssen was verteidigen/bewachen und wir sind überall.

Mobilität (Auto ,Moped, Fahrrad) und demoübliche Ausrüstung (geeignete Kleidung: feste Schuhe, lange Hosen, naturfarben, Erste Hilfekrams, Telefongeld und -karten) sind wichtig. Da die Situation ständig im Fluß ist, macht es Sinn sich häufiger am zentralen Infopunkt zu informieren.
Wenn es z.B. zu Blockaden in Wald kommt, sollte darauf geachtet werden, daß eigene Aktionen nicht im Widerspruch zu anderen in der Nähe stehen. Es macht keinen Sinn Barrikaden in Sichtweite einer Sitzblockade älterer Menschen anzuzünden, da diese sich bei Bullenangriffen dann meist nicht mehr in Sicherheit bringen können.

Für Berlin wäre zu überlegen, ob Leute in Voraussicht auf weitere Transporte sich nicht schon mal vorzeitig austauschen oder vernetzen wollen (Telefonketten, Fahrgemeinschaften und/oder Demos/ Aktionen in Berlin).

PS: Im "Wort zum Donnerstag" der interim 329 gab es den Einwand der reformistischen Wirkung militanter Atomaktionen. Da liegt es an uns, wie eigentlich überall, unsere Inhalte, Ziele und Mittel in die "neue Bewegung" zu tragen (nachdem wir selbst natürlich wissen, was wir selbst wollen-??!).



GORLEBEN IST ÜBERALL

DIE SOFORTIGE STILLEGUNG DER HERRSCHENDEN KLASSE

Das Café Westphal während und am Morgen nach der Polizeiaktion

Fotos: René

Polizei hat sich selbst nicht enttäuscht

Nächtlicher Großeinsatz am Kollwitzplatz im Berliner Prenzlberg

Wohl mehr als 2000 Menschen hatten sich auf dem Kollwitzplatz im Berliner Prenzlauer Berg versammelt, um – wie schon im letzten Jahr – die Walpurgisnacht zu feiern. Anders als im Jahr zuvor jedoch war auch ein starkes Polizeiaufgebot am Ort, dem von den Feiernden zunächst jedoch wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Bis die Polizei mit Feuerlöschern gegen die drei auf dem Platz entzündeten Lagerfeuer anrückte, um die Ordnung wieder herzustellen und zehn Quadratmeter wertvolle Rasenfläche zu retten. Da die Feuer allerdings immer wieder entzündet wurden, riefen die Beamten die Feuerwehr. Kaum hatten sie ihr den Weg durch die Menge »freigemacht«, wußte die nicht nur die Flammen, sondern auch die umstehenden Menschen zu fluten. Es kam zu Handgemengen, einige Flaschen flogen gegen die Polizisten. Dies schien für den zuständigen Beamten das längst erwartete Signal gewesen zu sein: Tränengas wurde abgefeuert, ohne daß irgend jemand auf dem Platz eine Warnung vernommen hätte. Als die meisten Leute – darunter Ältere und Eltern mit ihren Kindern – panikartig vom Platz liefen, um den beißenden Dämpfen zu entgehen, fuhren ein gepanzerter Räumwagen und in dessen Gefolge ein Wasserwerfer vor. Aus dessen Lautsprecher erklang dann auch die erste (!) Warnung zur Räumung des Platzes, um gleichzeitig das Wasser auf die davonrennenden Passanten zu feuern. Merke: erst schießen, dann warnen. Schließlich machten sich die Einsatzkräfte daran, die neu aufflammenden Feuerstellen samt der auf dem Platz verbliebenen Jugendlichen unter Beschuß zu nehmen. Was dann geschah, war vorhersehbar: Die Angegriffenen setzten sich mit Steinen zur Wehr, der Wasserwerfer umkreiste ständig den Kollwitzplatz, ließ weitere Warnungen tönen, beschoß, was sich bewegte, verschonte auch umliegende Cafés und deren Gäste nicht. Eine ältere Anwohnerin mit stark geröteten Augen meinte völlig aufgebracht, daß das alles genau wie früher wäre. Sie erwäge, wie andere auch, Anzeige gegen die Polizei zu erstatten.
Bis in die frühen Morgenstunden setzten sich dann die Krawalle fort. Von 72 verletzten Beamten ist die Rede. Zur Zahl verletzter Zivilisten wollte die zuständige Polizeistelle keine Auskünfte erteilen.

Zum Schutz unserer Strukturen

Warnung vor einem Menschen, der `Infos`an die Polizei leitet.

Herbert Wolfgang MENGE
41 Jahre alt, blond, Halbglatze, ca. 170 cm groß
geb. in Bremen, gemeldet aber nicht wohnhaft in Göttingen

Herbert ist im Sommer in Castornix durch unsinnig provokantes Verhalten aufgefallen. Häufig hat er versucht, vorallem jüngere MitstreiterInnen aufzustacheln. Im Hüttendorf und im Wendland hat er etliche Leute bestohlen und Geld abgezockt. Je nachdem in welchem Spektrum er aufgetreten ist, hat er unterschiedliche politische Überzeugung kundgetan. Inzwischen wissen wir, daß er freiwillig zur Ermittlungsbehörde,gegangen ist und AtomkraftgegnerInnen z.T. sehr schwerwiegend beschuldigt hat.
Seine Aussagen hatten eine dicke Ermittlung mit Hausdurchsuchung und Telefonüberwachung zur Folge.
Bei den Angeschuldigten handelt es sich u.a. um "Freunde" von Herbert Menge.
Unsere Recherche hat ergeben, daß Herbert psychisch krank ist. Er war mehrfach in Psychatrischen Krankenhäusern und ist vorbestraft.
Neben Herberts Aussagen, die das Ermittlungsverfahren zur Folge hatten, besteht der Verdacht, daß er auch in Castornix mit den Bullen kooperiert hat.
Wo Herbert Menge sich z.Zt. aufhält, ist uns nicht bekannt.
Uns ist bewußt, wie unzureichend die Hilfen für psychisch kranke Menschen in diesem System sind, aber wir halten es für absolut notwendig, unsere Strukturen zu schützen. Selbst wenn jemand bei der Polizei `Geschichten' erzählt, so sind sie für die Ermittlungsbehörde immer Anlaß, unseren Widerstand zu durchleuchten und zu kriminalisieren.
!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!
Im Gorleben Widerstand hat Herbert W. Menge nix mehr verloren und wir finden es wichtig, daß alle politischen Zusammenhänge Konsequenzen aus unseren Erfahrungen ziehen.
Weitere Infos über Herbert Menge, seinen Aufenthalt betreffend, laßt uns bitte zukommen.



Ermittlungsausschuß Gorleben,
c/o BI Lüchow-Dannenberg,
Drawehner str. 29439 Lüchow.
Tel. 05841/4684

Fr 12.5. 20 Uhr Veranstaltung
"Zwischen Flucht und Arbeit"
Beiträge zur Ost-West-Migration
im Buchladen SCHWARZE RISSE
Gneisenaustr. 2a

Neuerscheinung

Zwischen Flucht und Arbeit

Soeben ist ein Sammelband erschienen, in dem sowohl die „neuen Migrationsformen" analysiert und in Beziehung gesetzt werden zu weltwirtschaftlichen Umbrüchen und dem Versuch der rassistischen Neuformierung einer „deutschen Volksgemeinschaft", als auch ArbeitsmigrantInnen, Flüchtlinge und Illegalisierte selbst zu Wort kommen. Das Buch richtet sich gegen den herrschenden Diskurs, der MigrantInnen zum Objekt macht und Arbeitsmigration - vor allem die aus Osteuropa - nur als Abschottungs- oder Steuerungsproblem Deutschlands dargestellt.

Der Buchtitel „Zwischen Flucht und Arbeit" deutet es an: Flucht- und Arbeitsmigration lassen sich nicht scharf voneinander trennen. Eine Abgrenzung wäre auch zweifelhaft, denn mit der Definition von Migrationsgründen wird (staatlicherseits) immer die unterschiedliche „Behandlung" von MigrantInnen legitimiert. In dem Maße, in dem sich das Kapital globalisiert, sich das „Reich des Chaos" (Samir Amin) weiter ausbreitet, zerstört es die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen. Die Gründe für Migration sind höchst unterschiedlich, meist für die/den einzelneN sehr dramatisch und existenzbedrohend, aber Migrations*entscheidungen* sind legitim und als eben solche ernst zu nehmen, denn auch unter schwierigsten Bedingungen sind Menschen Subjekte ihrer selbst.

Die Debatte über Migration und eine dazugehörige Praxis wird in den nächsten Jahren von zentraler Bedeutung sein. Thema wird sowohl das Verhältnis zwischen BewohnerInnen der „Ersten und Dritten Welt" (einschließlich Osteuropa) sein, als auch die Art der Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft. Trotz der abzusehenden Versuche, soziale Konflikte weiterhin zu ethnisieren, wird die zunehmende Aufspaltung der Gesellschaft nicht ausschließlich die Lebensbedingungen von MigrantInnen verschlechtern, sondern auch deutsche StaatsbürgerInnen treffen. Insbesondere die Feminisierung der Armut und die Zunahme von Gewalt gegen Frauen machen nicht halt vor anderen gesellschaftlichen Trennlinien.

Zu einzelnen Beiträgen des Buches: Drei eher theoretische Artikel formulieren so etwas wie den abstrakten Rahmen, in dem die in den anderen Beiträgen beschriebenen Lebenswege und Probleme interpretierbar sind. Umgekehrt geben die konkreten Schilderungen von MigrantInnen ein Beurteilungskriterium für den Erklärungsgehalt dieser Beiträge. Georg Lutz, „*Weltmarkt und neue Migration*", sieht eine wesentliche Ursache für Migration in den Bedingungen und Erfordernissen der jeweiligen kapitalistischen Formation des Weltmarkts. Seine Ausgangsthese quer zu herkömmlichen ist, daß, gerade weil die ökonomische Entwicklung in Ländern der „Dritten Welt" (einschließlich Osteuropa) einen rasanten Verlauf nimmt und das Bevölkerungswachstum vergleichsweise niedrig ist, es zu einer erheblichen Arbeitsmigration kommt. Christine Parsdorfer, „*Vom 'Modell Deutschland' zur 'Ethnisierung des Sozialen'*" skizziert die neuen institutionellen Formen des Rassismus und konkretisiert die Funktion des Nationalstaats und die ökonomischen Bedingungen der Entstehung von rassistischen Ausgrenzungsdiskursen. Hans-Jürgen Bieling analysiert in „*'Postfordistische' Modernisierung*" die Strategien und Ideologien, mit denen die Umbrüche in der internationalen und gesellschaftlichen Entwicklung vorangetrieben und ausgestaltet werden. Erst diese Umbrüche lassen Flucht und Migration ansteigen und führen zur Herausbildung neuer „Migrationsregimes".

Die Reportage von Vera Gaserow über *Illegalisierte in Berlin* beschreibt die Ängste hier illegal Lebender, in die Fänge der Behörden zu geraten. Sie zeigt aber auch, daß so ein Leben oft lebenswerter erscheint, als sich „legal" den ständigen Schikanen der deutschen Behörden auszusetzen. Deutlich wird, daß eigentlich keineR die Illegalität will, sie als kleineres Übel aber akzeptiert und ge*lebt* wird. Die neuen WanderarbeiterInnen beschreiben in dem Beitrag von

Norbert Cyrus, warum sie *„in Deutschland arbeiten und in Polen leben"*. Meist durch legale Werkvertragsvereinbarungen in die BRD gekommen, müssen sie nach deren Auslaufen oft illegale Beschäftigungsverhältnisse eingehen. Andrea Krüger beschreibt in *„Prostitution, Frauenhandel und Heiratsmigration"* einen zu wenig berücksichtigten, aber in seinen Ausmaßen nach 1989 bedeutenden Bereich der Ost-West-Migration. Material zur *Peripherisierung Osteuropas* liefert Hannes Hofbauer. Zwar fällt sein Text als eher historische Abhandlung etwas aus dem Rahmen des Buches, aber gerade dadurch werden Hintergründe der Ost-West-Migration klar. Die *Gespräche mit drei illegalisierten Roma-Frauen* zeigen eindringlich, mit welcher Realität sie konfrontiert sind und welche Bedeutung ein legaler Aufenthaltsstatus für sie hat. Wie wenig Verbindungen die in der Linken übliche Lebenswirklichkeit mit der ihren hat, obwohl der Alltag oft in den gleichen Stadtteilen stattfindet, ist frappierend und erschreckend. Rolf Weitkamps Artikel zur *rechtlichen Hierarchisierung von MigrantInnen* charakterisiert die ausdifferenzierten, juristischen Zugangsbeschränkungen zum deutschen Arbeitsmarkt als Hauptsteuerungsinstrument der Immigration. Önder Erdem setzt sich damit auseinander, „inwiefern *klassische ArbeitsmigrantInnen* dazu neigen, gegenüber den unterprivilegierten und ausgegrenzten, teilweise illegalisierten Flüchtlingen und 'neuen ArbeitsmigrantInnen' herrschende Denkweisen zu übernehmen..." und sich auf die Seite der GewinnerInnen schlagen. Die früheren *VertragsarbeiterInnen aus Vietnam* berichten in dem Artikel von Heike Kleffner über ihre besondere Situation. In den Staatskapitalismus der DDR geholt und dann in überwachten Wohnheimen einquartiert und reglementiert, sind sie im wiedervereinigten Deutschland „überflüssig" und akut von Massenabschiebungen bedroht. Das in diesem Sammelband hervorgehobene Interesse der Festung Europa an der Regulation und Steuerung der Migration geht einher mit der *Aufrüstung der Grenzen* zu Osteuropa, um unerwünschte Migration gar nicht erst zuzulassen. Diese "Migrationskontrolle" brachte im August 1994 mindestens zehn Menschen aus Sri Lanka und Pakistan den Tod. Die Recherche der Antirassistischen Initiative (ARI) Berlin zeigt auch, wie staatlich Behörden solche „Vorfälle" vertuschen.

Den Abschluß des Buches bildet ein *Debattenteil*. Er enthält Beiträge aus *off limits* und von *Projekt Zuflucht Gruppen*, die ausgehend von dem Vorschlag einer Legalisierungskampagne Perspektiven und Strategien für und aus der antirassistischen Bewegung diskutieren. Außerdem berichtet Michael Hahn von den Erfahrungen mit der *Einwanderungspolitik in den USA* und Katina Schubert problematisiert die *Forderung nach sozialen Mindeststandards*.

Dem Debattenteil entnommen ist auch das abschließende Zitat von *Aktion Zuflucht Freiburg*: „Die Lebenslagen der Illegalisierten sind schon kompliziert genug. Eine Bezugnahme auf sie kann häufig in sozialarbeiterische Einzelfallhilfe versacken, die den inhaltlich-politischen Bezugsrahmen allein schon aus Überforderung nicht mehr greifen kann. Andererseits kann keine andere als die an den konkreten Interessen und Bedingungen der illegalisierten Menschen orientierte Politik die Perspektiven entwickeln, welche die offenen Grenzen, die freien Flüchtlingsstädte u.ä. vorstellbar machen. Es kann nicht allein um einen inhaltlich korrekten Forderungskatalog gehen, sondern darum, ihn an Ort und Stelle umzusetzen. (...) Die Richtigkeit der Forderung nach einem faktischen Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge ist von einer für die Linke beschwerlicher gewordenen Situation nicht beeinträchtigt. Sie steht als Notwendigkeit im Raum und ist nicht gegen die auch weiterhin richtige Forderung nach offenen Grenzen gerichtet."

Zwischen Flucht und Arbeit
Neue Migration und Legalisierungsdebatte
256 Seiten, Fotos, 24,- ISBN 3-922611-49-2
Ab Ende April im Buchhandel

Verlag Libertäre Assoziation
Lindenallee 72
20259 Hamburg

(Ab 18.4.95 Auslieferung durch Rotation Berlin, auch über Barsortimente erhältlich.)

KAMPF DEN DEUTSCHEN ZUSTÄNDEN

DEMO 8. MAI 1995 in Berlin

Auftaktkundgebung
15.30 Uhr
U-Bahn Nollendorfplatz

Zwischenkundgebung
17.00 Uhr
Gestapo-Gelände
S-Bahn Anhalter Bahnhof

Abschlußkundgebung
Neue Wache

Am 8. Mai ist es das Interesse der Bundesregierung und den VertreterInnen der etablierten Parteien, den Nationalsozialismus als ein historisches Ereignis herauszustellen, das von seinen Ursachen und Absichten abgetrennt wird. Die Schrecken und der Terror des NS-Systems werden in der offiziellen Geschichtsschreibung zwar nicht in Abrede gestellt. Um aber unterschwellige Kontinuitäten zu verbergen, wird über die politischen Ziele, die die Grundlage der nationalsozialistischen Massenmordpolitik waren, der Mantel des Schweigens gehüllt. Das NS-System ist aber nicht aus dem Nichts entstanden, wie es suggeriert werden soll, sondern steht in einem eindeutigen Zusammenhang mit der Politik, die von „demokratischen" Parteien und von Interessengruppen in der Bevölkerung der Weimarer Republik vertreten worden ist. Die völkische Politik, der Antisemitismus, die Eugenik, die imperialistische Außenpolitik, die kapitalistische Ausbeutung, der repressive Herrschaftsapparat, der Männlichkeitskult und die geschlechtsspezifische Rollenteilung, all das sind keine Erfindungen des NS-Systems, sondern haben einen Vorlauf, der weit in die deutsche Geschichte zurückreicht.

In der herrschenden Geschichtsschreibung wird behauptet, daß die Weimarer Republik deswegen gescheitert sei, weil sie von links wie rechts bekämpft wurde. Diese Lüge, die immer wieder aufs Neue gepredigt wird, dient dazu, auch heute jeden entschiedeneren Widerstand gegen die faschistische Formierung zu bekämpfen. Vor über 60 Jahren hatten die VertreterInnen der Weimarer Republik die Nazi-FaschistInnen bereitwillig gewähren lassen, während sie den antifaschistischen Widerstand mit allen Mitteln kriminalisierten. Auch heute würden die VertreterInnen des „demokratischen Deutschlands" wieder gerne ungestört mit Nazi-IdeologInnen zusammenarbeiten. Die Versuche von sogenannten „Nationalliberalen", wie der Gruppe um Ex-Generalbundesanwalt v. Stahl, aus der FDP eine rechtskonservative Partei mit offener Flanke zum Faschismus zu machen, zeigen, daß die Neue Rechte in Zusammenarbeit mit etablierten demokratischen Kräften noch lange nicht alle ihre Mittel ausgeschöpft hat, um eine faschistische Massenbewegung wiederzubeleben.

Wenn es am 8. Mai den VertreterInnen der etablierten Parteien in einer pompösen Medieninszenierung eines Staatsaktes darum geht, sich als „demokratische AntifaschistInnen" zu präsentieren, während sie eigentlich nur das Kriegsende mit den Siegermächten feiern und an anderer Stelle FaschistInnen hoffähig machen, dann kann unsere Antwort nur sein, ihnen kräftig in die Suppe zu spucken. Überlassen wir das Gedenken an die Schrecken und den Terror des Dritten Reichs nicht denjenigen, die fleißig daran arbeiten, die Neue Rechte zu einer „ernstzunehmenden" politischen Kraft zu machen, indem sie deren Inhalte in ihre Politik aufnehmen! Lassen wir es nicht zu, daß sich diejenigen als AntifaschistInnen hervortun können, die den antifaschistischen Widerstand als „kriminelle Vereinigung" bekämpfen!

Die Einzigartigkeit der Shoah, der Verfolgung und Vernichtung der Juden und Jüdinnen, darf nicht über die Gewöhnlichkeit der Grundlage hinwegtäuschen, auf die das Programm zur industriellen Vernichtung von Menschen aufbauen konnte. Deswegen ist es wichtig, beim Gedenken an die Shoah nicht dabei stehenzubleiben festzustellen, daß die Massenmordpolitik der Nazi-FaschistInnen in der Geschichte ohne Beispiel ist. Genauso wichtig ist es, deutlich herauszustellen, welche „gewöhnliche" Politik in der Shoah ihre Zuspitzung gefunden hat.

In der herrschenden Sichtweise wird nicht nur so getan, als sei es nach dem 8.Mai 1945 möglich gewesen, zum „business as usual“ überzugehen, so als wäre nichts geschehen. Ebenso wird versucht, die deutsche Geschichte bis 1933 zu benutzen, um eine nationale Identität wiederherzustellen, die durch Auschwitz bedroht schien. In diesem Zusammenhang kommt dem 8.Mai 1995 eine besondere Bedeutung zu. Denn an diesem Tag kann es den Herrschenden gelingen, nicht trotz, sondern mittels des Gedenkens an Auschwitz zur Tagesordnung überzugehen. Indem sie international ihre Reue zur Schau stellen, gelingt es ihnen, das Bild eines geläuterten Deutschlands in Szene zu setzen. Doch die Pläne von einer deutschen Vorherrschaft in Europa, von einem rein-deutschen Deutschland, von deutschen Siedlungsgebieten im Osten, von genetischer Auslese und von Zucht und Ordnung sind mit dem 8.Mai 1945 nicht besiegt worden, sondern existieren in anderer Form bis heute weiter. Einige dieser Pläne erleben in letzter Zeit eine erstaunliche Renaissance.

Wenn sich 50 Jahre nach Kriegsende just diejenigen an die Spitze des Gedenkens stellen, die für diese Kontinuitäten verantwortlich sind, um die TäterInnenschaft von Deutschen im Nationalsozialismus zu relativieren, dann ist Widerstand notwendig. Dieser Widerstand darf nicht allein beim Gedenken an die Schrecken der NS-Massenmordpolitik stehenbleiben, sondern sollte in erster Linie auf den Fortbestand der antisemitischen, sexistischen, völkischen, rassistischen und kapitalistischen Politik im Deutschland nach 1945 hinweisen.

Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung hat die Durchführung der nationalsozialistischen Ausbeutungs- und Vernichtungsfeldzüge nicht nur bereitwillig mitgetragen. Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung hat darüberhinaus die Kriterien, nach denen Menschen ausgegrenzt und schließlich vernichtet worden sind, aus eigenem Antrieb verschärft. In diesem Sinne kommt der deutschtümelnden Bevölkerung nicht nur eine Mitschuld an den Massenmorden des NS-Apparates zu. Diese Menschen haben mit ihren Feindbildern vom „Juden“, vom “Zigeuner“, vom “Schwulen“, vom „Tagedieb“, vom „Polacken“ und vom „Bolschewisten“ eine Politik unterstützt und vorangetieben, die im 2.Weltkrieg und in den Vernichtungslagern ihre letzte Konsequenz gefunden hat. Nach 1945 hat eine Auseinandersetzung mit dieser rassistischen und antisemitischen Herrenmenschenideologie innerhalb der deutschen Bevölkerung praktisch nicht stattgefunden, sondern diese konnte sich in anderer Form modernisieren (zwei Beispiele dafür sind der Antikommunismus und der Antisemitismus *wegen* Auschwitz). Die Pogrome seit der Wiedervereinigung sind nicht als Entgleisungen zu betrachten, sondern knüpfen an die Kontinuität von deutscher Herrenmenschenideologie an.

Nationale Identität ist immer mit Ausgrenzung - und innerhalb der deutschen Geschichte mit Vernichtung- verbunden. Deshalb geht es uns darum, deutsche Interessen anzugreifen und deutsche Identität zu zersetzen!

Nach 1945 hat der Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus Verdrängung bedeutet. Jede Erinnerung wurde als Störung im Versuch, zur Tagesordnung überzugehen, empfunden. Die Auseinandersetzung um die Gestaltung der Gedenkstätten an die Massenmorde des NS-Deutschlands offenbart, wie heute mit dem Nationalsozialismus umgegangen wird. Der Kniefall von Kohl und Reagan vor den Gräbern von SS-Soldaten in Bitburg hat ein Kapitel in der deutschen Geschichtsschreibung begonnen, das die TäterInnen des Vernichtungskrieges und der Shoah zu Opfern wandelt. Ein weiterer wichtiger Schritt hin zur Revision des Geschichtsbildes wurde mit der Umwidmung der Neuen Wache zur „Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ unternommen. Die Neue Wache vermittelt den Eindruck, als seien die Toten des Vernichtungskrieges alle gleich gewesen. Eine Unterscheidung zwischen faschistischen MörderInnen und den von ihnen Verfolgten und Ermordeten findet nicht mehr statt, und die GegnerInnen des NS-Deutschlands werden als TäterInnen eingeordnet.

Der 8.Mai gehört nicht denen, die sich mit der deutschen Geschichte und Nation versöhnen wollen!
Er gehört nicht denen, die ihre Probleme mittels der nationalen Gemeinschaft lösen wollen!
Der 8.Mai ist der Tag der Zerschlagung Nazi-Deutschlands und der Tag der Befreiung der Verfolgten des Nationalsozialismus!

„Wir schwören vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.“

Aus dem Schwur von Buchenwald vom 19. April 1945

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION IM RAHMEN DES BESETZERiNNENKONGRESSES AM 14.5.1995 IN LEIPZIG

TREFF: 13.00Uhr Connewitzer Kreuz

Der vom 12. bis 14. Mai 1995 in Leipzig stattfindende BesetzerInnenkongreß soll nach unserer Vorstellung die Möglichkeiten und Perspektiven von Besetzungen als Interventionsmittel autonomer Politik klären helfen.
Die Demonstration soll unsere Forderung nach Akzeptanz des Rechtes auf Besetzung deutlich machen. Die jetzigen Situation in der BRD und der EG ist gekennzeichnet durch ein immer schärferes Vorgehen gegen alles, was nicht in die Normvorstellungen der herrschenden Eliten paßt, einerseits und dem Wegbrechen sozialer Absicherungen für die gesamte Bevölkerung andererseits. Diese Situation macht Besetzungen zugleich schwieriger und wichtiger. In allen Großstädten der BRD wird inzwischen alles getan, um Räume, die sich staatlichem Zugriff entziehen, zu bekämpfen. Leipziger, Berliner, Hamburger usw. Linien wurden verabschiedet, hinter die sich die kommunal Verantwortlichen zurückziehen können, ohne sich mit konkreten Gegebenheiten, wie sozialen Strukturen, kultureller Verflechtung etc. auseinandersetzen zu müssen. Diese "Linien" können nur durchbrochen werden, wenn über die direkt beteiligten BesetzerInnen hinaus eine breite Solidarisierung stattfindet. Nur die wenigsten Städte verfügen aber über eine so breite Szene, daß diese aus sich heraus, die Forderung nach Räumen in ausreichendem Maße durchsetzen kann. Auf der anderen Seite ergeben sich mögliche Bündnisse mit MieterInnen, deren Lebensgrundlage durch Umstrukturierungen genauso bedroht werden, wie die der BesetzerInnen durch Räumungen.
Besetzungen stehen für uns in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext. Auf ihrer Basis wird eine politische Praxis gegen das Herrschende genauso möglich wie das Herstellen einer Gegenöffentlichkeit oder die Entfaltung alternativer kultureller Konzepte. Besetzungen machen deutlich, daß es möglich ist, dem gesellschaftlich Gegebene eigene Politik entgegenzusetzen. Sie behindern, da wo sie sich etabliert haben, die Luxussanierungen als Grundlage der Umstrukturierungen, die soziale Strukturen zugunsten anonymer Schlafstädte zerstören. Der Bauboom, den der Osten zur Zeit erlebt, ist dadurch zwar nicht aufzuhalten, aber der Aufhebung, die die über 40 Jahre gewachsene relative soziale Gleichverteilung in der DDR rückgängig machen soll, kann in den jeweiligen Stadtteilen gemildert werden.

In den letzten zwei Jahren hat sich auch für uns in Leipzig gezeigt, daß die Herrschenden nicht länger akzeptieren wollen, wenn wir uns die Räume nehmen, die wir brauchen. Zur gleichen Zeit sehen wir, daß die sich privatwirtschaftlich gebenden Wohnungsbaugesellschaften nicht in der Lage sind, den ihnen anvertrauten kommunalen Besitz angemessen zu verwalten. Trotz steigender Obdachlosenzahlen stehen allein in Leipzig 40.000 Wohnungen leer. Häuser und Projekte werden zu Mietverträgen erpreßt, die Sicherheitsexperten den Wohnbaugesellschaften diktieren oder werden geräumt. Neue Projekte will die Sadtverwaltung nicht zulassen.
Die Situation in anderen Städten ist ähnlich. Erst wird kriminalisiert und geräumt, dann stellt sich heraus, daß juristische und politische Grundlagen nicht gegeben waren.
Leipzig bietet sich aus unserer Sicht als Ort des bundesweiten Kongresses und der Demonstration an. Leipzig besitzt Strukturen, die eine Durchführung des Kongresses und der Demonstration ermöglichen. Als Stadt im Gebiet der ehemaligen DDR zeigen sich hier viele Probleme in zugespitzter Form.
Wir hoffen auf Euch, um deutlich machen zu können, daß wir die "Linien" wo auch immer sie beschlossen wurden nicht hinnehmen werden!

**SCHLUSS MIT DER KRIMINALISIERUNG VON BESETZERiNNEN!
KEINE RÄUMUNGEN UNSERER HÄUSER!
GEGEN DIE ERPRESSUNG VON VERTRÄGEN!
RÄUME FÜR DEN ERHALT UND DIE ENTSTEHUNG UNSERER PROJEKTE!
GEGEN LUXUSSANIERUNG UND UMSTRUKTURIERUNG, FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM IN ALLEN STADTTEILEN!**

Kontakt: BesetzerInnenkongreß, c/o Conne Island, Koburgerstraße 3, 04277 Leipzig; Tel./Fax: (0341)311044

OPUS DEI IN BERLIN

Opus Dei ("Werk Gottes") ist der Rechtsaußenflügel der katholischen Kirche. Gegründet wurde die Laienorganisation 1928 in Spanien, sie existiert heute allerdings weltweit mit einer geschätzten Mitgliederzahl von 80 000. Die Organisation arbeitet als elitärer Geheimbund mit dem Ziel, innerhalb der Führungskräfte in der Wirtschaft, den Medien, der Wissenschaft und Politik und nicht zuletzt in der katholischen Kirche Einfluß zu gewinnen, um von den Schaltstellen der Macht aus ihre Ideologie in die Gesellschaft zu tragen. Ihr Gesellschaftsbild ist extrem hierarchisch, biologistisch und patriarchal. Die "heilige Mafia" verfügt dementsprechend über gute Verbindungen zu faschistischen Regimes überall auf der Welt und ist in verschiedenen "Lebensschützer"-Organisationen wie der "Juristenvereinigung Lebensrecht" oder der "World federation of doctors who respect human life" vertreten. Die innere Struktur von Opus Dei ist die einer Sekte; die Mitglieder sind zu unbedingten Gehorsam verpflichtet, Außenkontakte und die Lektüre von Büchern müssen erst genehmigt werden, wöchentlich werden Bußgürtel oder ähnliches angelegt, gemäß dem biologistischen Weltbild sind die Frauen des Opus Dei dazu verpflichtet, den Männern zu dienen. Auf die Ideologie, die wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen wollen wir an dieser Stelle nicht weiter eingehen (wer genaueres wissen will: Der Spiegel,Nr.2, 9.1.95, S.46).

Seit 1990 versucht Opus Dei verstärkt, in Berlin Fuß zu fassen. Berlin dient als Zentrum für die Ausbreitung der Organisation in die ehemaligen sozialistischen Länder. Sie treten hier unter verschiedenen Tarnorganisationen auf.

DER MÄNNLICHE ZWEIG: DER "BERLIN-BRANDENBURGISCHE KULTURVEREIN e.V."

Seit dem 6.1.92 ist der "Kulturverein" als eingetragener Verein zugelassen. Der Sitz war zuerst am Kurfürstendamm 186, 10707 Berlin, und ist seit längerem nun in der Stadtvilla Möckernstr. 68 (Vorderhaus), 10965 Berlin.
Die Aufgaben des Vereins werden in der Satzung sehr vage beschrieben: "1) Jugendpflege und -sozialarbeit, Erwachsenenbildung, Gestaltung des dritten Alters, insbesondere a) die Förderung wissenschaftlicher Bildung von Akademikern an Hochschulen und Universitäten, b) Förderung der beruflichen und menschlichen Bildung von Studenten, Schülern, in der Berufsausbildung und im Beruf stehenden Jugendlichen, berufstätigen Erwachsenen, Senioren. Der Verein führt auch geistliche (einschließlich religiöse) Bildungsmaßnahmen durch. c) jugendpflegerische Arbeit, die jungen Menschen ab etwa 12 Jahren eine Hilfe in der Entfaltung und

Bildung ihrer Gesamtpersönlichkeit zu freier und selbstständiger Verantwortlichkeit und in der Erziehung zur Gemeinschaft sein soll (...) Zur Jugendarbeit unterhält der Verein (gemeint ist hier die "Studentische Kulturgemeinschaft e.V.", Bonn) - Bildungszentren, Jugendclubs, Studentenheime, Tagungshäuser (...) als Schwerpunkt seiner Arbeit. - außerschulische Bildungsstätten für Jugendliche, - berufsausbildende und weiterbildende Schulen (...)"

DIE VORSTANDSMITGLIEDER:

- Dr. Erhard Sundermann, Länderallee 21, 14052 Berlin, Arzt, (Vorsitzender)
- Prof. Dr. Jorge Cervos-Navarro, Möckernstr. 68, 10965 Berlin , Universitätsprofessor (stellvertender Vorsitzender und Bevollmächtigter der "Studentischen Kulturgemeinschaft", Beiratsmitglied)
- Prof . Dr. Dietmar Stehlik, Ihnestr. 51, 14195 Berlin, Universitätsprofessor (Schatzmeister)

in den erweiterten Vorstand entsendet der Beirat:
- Dr. Wolfgang Hanuschik, Möckernstr. 68, 10965 Berlin

WEITERE GRÜNDUNGSMITGLIEDER

- Dr. Wolfgang Steiner, Inselstr. 9a,14129 Berlin
- Klaus Birkhäuser, Kantstr. 20, 10623 Berlin
- Max Wehrhahn, Alt Moabit 100, 10559Berlin
- Jörg Lehmann, Delbrückstr.10, 14193 Berlin (Schriftführer)
- Dr. Stephan Patt, Möckernstr. 68, 10965 Berlin
- Dr. Karl Schreiner, Möckernstr. 68, 10965 Berlin

WEITERE TARNORGANISATIONEN

Der männliche Zweig des Opus Dei unterhält neben dem "Berlin-Brandenburgischen Kulturverein e.V." noch das "Bildungszentrum Feldmark" und die "FWM-Stiftung" (Herr E. Gasda), beide mit Adresse in der Stadtvilla Möckernstr. 68, 10965 Berlin. (Die FWM-Stiftung hat bei der EG Gelder zur Finanzierung eines Pilotprojektes für Jugendliche in Polen beantragt, was von der zuständigen Kommission allerdings abgelehnt wurde). In der Stadtvilla befindet sich außerdem noch eine sogenannte Kapelle, für die der derzeitige Berliner Kardinal Georg Sterzinsky 100 000 DM spendete. Sein Vorgänger Alfred Bengsch hatte für die Hauskapelle am Kurfürstendamm 186 40 000 DM zugeschossen.

INFORMATIONEN ÜBER EINIGE MITGLIEDER DES "BERLIN-BRANDENBURGISCHEN KULTURVEREINS e.V."

1) JORGE CERVOS-NAVARRO: Opus Dei- Mitglied
- Adresse: Möckernstr. 68 , Vorderhaus , 10965 Berlin, Auto: weißer Audi 80, B-EP 6922
-Prof Dr. h.c. med. geschäftsführender Direktor des Neuropathologischen Institutes im Uni-Klinikum Steglitz, Neues Blutbankgebäude 1a, 3.OG., Hindenburgdamm 30, 12203 Berlin
-Vertreter: Prof. Georg Gostoni.
Akademische MitarbeiterInnen: Gundula Hamsdorf, Mathias Korves, Stefanie Maerzheuser, Nikolaja Prosenc, Johannes Prudlo, Gisela Stoltenburg-Didinger(tätig in Charlottenburg und im Wedding) und Stefan Patt(Opus Dei Mitglied)
- seit 1968 Lehrstuhl für Pathologie an der FU
- stimmberechtigtes Mitglied im akademischen Senat
- Mitglied im Fachbereichsrat (FB 03/ Uni-Klinikum Steglitz): zuständig für die Berufung von ProfessorInnen
- Mitglied in der Finanz- und Wirtschaftskommission für die Uni- Kliniken (Charlottenburg, Wedding und Steglitz): zuständig für die Geldvergabe an Forschung/Lehre/PatientInnen
- seine Forschungsbereiche sind u.a.: Gehirnströme, Auswirkung radioaktiver Strahlung auf Embryos. Zum Teil hat er dazu auch Arbeiten veröffentlicht
- schreibt Artikel über Ehe, Familie etc., die von der "Fördergemeinschaft für Schulen in freier Trägerschaft", Aachen, herausgegeben werden und im Verzeichnis des Adamas-Verlags aufgeführt sind. Beides sind faktische Opus Dei-Einrichtungen.
- Bevollmächtigter des Bonner Muttervereins "Studentische Kulturgemeinschaft e.V." für die Gründung und weitere Aktivitäten des "Berlin-Brandenburgischen Kulturvereins e.V." Für den Bonner Verein hat er in den 70er Jahren Kontakte zum faschistischen Regime in Chile aufgebaut.
- stellvertrender Vorsitzender des "Berlin-Brandenburgischen Kulturvereins e.V."
- Miteigentümer des Aachener Opus Dei-Zentrums in der Oppenhoffallee 4-6 mit 15,6 % Eigenkapital, d.h. ca. 250 000 DM

2) I. BROSA: OPUS DEI PRIESTER
- ist Spanier und war früher Architekt. Heute ist er einer der ca. 25 Opus Dei Priester in der BRD.
- Adresse: Möckernstr. 68, 10965 Berlin

3) DR. STEPHAN PATT: Opus Dei-Mitglied, Numerarier
- Adresse: Möckernstr. 68, 10965 Berlin
- stammt aus Köln, wo er schon als Jugendlicher über den Jugendclub "Feuerstein" zu Opus Dei kam. Nach seinem Studium in Essen kam er 1986 nach Berlin
- Neuropathologe und als solcher wissenschaftlicher Mitarbeiter von Cervos-Navarro am Uni-Klinikum Steglitz.
- Geschäftsführer des "Berlin-Brtandenburgischen Kulturvereins e.V.", bezeichnet sich selbst als Leiter des Opus Dei Berlin und tritt als solcher an die Öffentlichkeit und unterhält den Kontakt zu Kirchengemeinden etc.
- trat in einer Diskussion mit einem Opus Dei-kritischen Journalisten auf
- Er bezeichnet es als sein "soziales Engagement", sich gegen Abtreibungen einzusetzen. Er hat in Pfarreien Veranstaltungen über "Medizin und Ethik" gemacht und bei der "Woche für das Leben" (Kampagne von katholischen Lebensschützern) Filme gezeigt.

4) DIETMAR STEHLIK: Opus Dei-Mitglied
- Adresse: Ihnestr. 51, 14195 Berlin, Tel 030 - 8312743
- ist Professor für Experimentelle Physik an der FU, FB Physik, Institut für Experimentalphysik, Arnimallee 14, 14195 Berlin , Tel. 838-5069 oder - 6035, Sektretariat: 838 - 6232
- Sprecher des Sonderforschungsbereichs "Energie- und Ladungstransfer in molekularen Aggregaten (SfB 337)", Arnimallee 14
- Schatzmeister des "Berlin-Brandenburgischen Kulturvereins e.V."

5) WOLFGANG HANUSCHIK, Opus Dei-Mitglied
- Augenarzt; Praxis in der Müllerstr. 40, 13353 Berlin, Tel. 4552000
- Gründungsmitglied des "Berlin-Brandenburgischen Kulturvereins e.V."

6) ERHARD SUNDERMANN, Opus Dei-Mitglied
- Adresse: Länderallee 21, 14052 Berlin
- Internist mit Praxis in der Hohenstaufenstr. 2, 10781 Berlin, Tel. 2164494
- Vorsitzender des "Berlin-Brandenburgischen Kulturvereins e.V."

DER WEIBLICHE ZWEIG: PRIVATWOHNUNG IN DER EISENACHERSTR. 119

Seit Ende 92 gibt es in Berlin ein Zentrum von vier Opus Dei-Frauen, das beim Berliner Bischof angemeldet ist. Die Frauen leben in der Eisenacherstr. 119, 3.OG, 10777 Berlin, Tel. 2167837 privat zusammen und treten weniger als offizielle "Bildungseinrichtung" oder ähnliches auf . Nach unseren Informationen haben sie noch keinen Verein gegründet.
Eine der Frauen ist Programmiererin, zwei sind Ärztinnen, zumindest eine von ihnen arbeitet wie Cervos-Navarro und Patt ebenfalls im Uni-Klinikum Steglitz; die vierte, Yannie Büsse, ist gelernte Fotoingenieurin, arbeitet allerdings nicht mehr in ihrem Beruf, sondern kümmert sich um den Aufbau der weiblichen Abteilung des Opus Dei in Berlin.
Die Frauen organisieren Gesprächskreise für LehrerInnen, pädagogische Arbeitskreise "Ehe und Familie", religiöse Veranstaltungen wie Vorträge und Einkehrtage. Die Ärztinnen bieten "medizinisch-ethische" Arbeitskreise an und planen, Vorbereitungskurse für MedizinstudiumsbewerberInnen anzubieten, die statt der üblichen 300

DM nur 100 DM kosten sollen. Desweiteren bieten die Opus Dei-Frauen Fotokurse an und wollen darüberhinaus wie in anderen Städten auch Koch-, Bastel- und Gitarrenkurse für Mädchen organisieren.

YANNIE BÜSSE-, Opus Dei Mitglied, Numerarierin
- während ihrer Studienzeit über ein Studentinnenwohnheim zu Opus Dei gekommen, seit 30 Jahren Mitglied und jetzt Numerarierin
- gelernte Fotoingenieurin, z.Z. verantwortlich für den Aufbau des weiblichen Opuis Dei-Zentrums in Berlin
- bis Oktober 92 Leiterin des Trierer Opus Dei-Zentrum, dann wurde sie nach Berlin geschickt

WEITERE INFORMATIONEN

Sowohl die männliche als auch die weibliche Abteilung planen längerfristig evtl. ein Studenten- bzw. Studentinnenwohnheim aufzubauen. Beide Abteilungen wollen öffentliche Gelder für die Förderungen ihrer Einrichtungen in Anspruch nehmen, z.B. Zuschüsse für "Jugendarbeit". Beide Abteilungen versuchen, Kontakte zu Kirchenoberen, Gemeinden und Schulen aufzubauen. Sie wollen den Firm- und Religionsunterricht mitgestalten. , bisher mit wenig Erfolg. Förderer und/oder Mitglieder von Opus Dei ist die gesamte Familie des Berliner Landesschulrats Hans-Jürgen Pokall, oberster Schulaufsichtsbeamter des Bildungswesens und CDU-Mitglied.

Nach Angaben von Stephan Patt arbeitet Opus Dei mit folgenden Pfarreien, Pfarrern und Kaplänen zusammen:
"Zwölf Apostel"(Zehlendorf), "St.Bernhard"(Zehlendorf), Kaplan der Bonifatiuskirche in der Yorckstr. in Kreuzberg, Pfarrer Ganzwind im Wedding

OPUS DEI IN OSTEUROPA

Die Stadtvilla in der Möckernstr. ist das Zentrum für die Ausbreitung des Opus Dei nach Osteuropa.
Gute Kontakte gibt es von hier aus zu
-Bischof Reinelt in Dresden, Patt und Cervos-Navarro geben dort "Kurse"
- seit drei Jahren ist Opus Dei in Polen aktiv, zwei Priester sind dorthin gegangen und haben auf Wunsch des Bischofs von Stettin dort ein Zentrum gegründet, in Warschau gibt es bereits drei Opus Dei-Zentren.
- in Prag, Budapest und Slowenien mit Kontakten nach Kroatien wurden Zentren aufgebaut.
- angeblich soll in Litauen in zwei Jahren ein Zentrum eröffnet werden
- in Moskau leben einige Opus Dei Mitglieder, Cervos-Navarro ist öfter an der Moskauer Universität zu Gast

Frühjahr 1995



GEGEN MYTHEN KÄMPFEN ?

Der fünfzigste Jahrestag des Sieges der alliierten Truppen gegen den deutschen Faschismus wird von den Herrschenden der BRD genutzt, um demonstrativ den historischen Ballast abzuwerfen, der für ihren erneuten Griff nach der Weltmacht lästig ist. Gleichzeitig tobt in den Resten der radikalen Linken ein erbitterter Streit um die Einschätzung der nationalistischen Mobilisierung und die Konsequenzen für die eigene politische Praxis.

Wir beziehen uns auf den Aufruf zum Antinationalen Aktionswochenende am 6. / 7. Mai 1995 in Berlin, und dies um so mehr, weil wir die Analyse der AutorInnen weitgehend mittragen können, die Schlußfolgerungen bezüglich der Ausrichtung linker politischer Arbeit aber zumindest problematisch finden.

Die Ausgangslage ist eindeutig. Der Jahrestag des Sieges über das faschistische Deutschland wird in einer historischen Situation begangen, in der die Herrschenden alles daran setzen, um die BRD nach innen ideologisch zu homogenisieren. Parallel dazu wird die deutsche Außenpolitik zunehmend aggressiver. Hierzu wurde schon viel gesagt und noch mehr geschrieben, und wir müssen dem nichts hinzufügen.
Die machtpolitischen und ideologischen Mittel, derer sich die staatlichen Exekutoren des deutschen Imperialismus gegenwärtig bei der Verfolgung ihrer Ziele bedienen, sind unstrittig und innerhalb des Aufrufs umfassend und in sich schlüssig hergeleitet.

Der entscheidende Punkt ist aber, ob die Art und Weise, mit die der Herrschenden in Deutschland ihre Interessen verfolgen und die Beherrschten sich der Macht unterordnen, einem spezifisch *deutschen* Wesen entstammen, oder ob sie nicht vielmehr in den letzten knapp 200 Jahren durch die Herrschenden aufgrund der konkreten historischen Situation entwickelt und zu einem mörderischen Geflecht imperialistischer Unterdrückung perfektioniert wurden.

Wir denken, daß Herrschaft und Ideologie an materielles Interesse geknüpft sind. So wurde beispielsweise die Romantik des frühen 19. Jahrhunderts, die als kulturelle Strömung irrationales und völkisches Gedankengut transportierte und verankerte, durch den Feudaladel in Deutschland aktiv gefördert, weil sie sich ausgezeichnet gegen die fortschrittlichen Ideen der französischen Revolution instrumentalisieren ließ.

Auch die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus sehen wir nicht in einem fiktiven *furor teutonicus*, sondern in der historisch späten und durch das reaktionäre Preußen initiierten Formierung des deutschen Nationalstaats begründet. Diese Rahmenbedingungen führten zwangsläufig zu einer aggressiven Ausrichtung deutschen Kapitals auf den von imperialistischer Konkurrenz bestimmten Weltmarkt.

Die gewalttätige Dynamik kapitalistischer Entwicklung im wilhelminischen Kaiserreich bewirkte eine Umwandlung des bis dahin noch weitgehend religiösen Antisemitismus, weil die volkische Ideologie die Bedrohung durch das abstrakte Kapitalverhältnis in einem äußeren, mystischen Feind personifizierte.
Antisemitismus als Massenphänomen existierte insofern schon vor dem deutschen Faschismus, konnte durch diesen als brutalster imperialistischer Machtausübung aber aufgegriffen und grauenhaft zugespitzt werden.
Auschwitz war nur in Deutschland möglich.
Auschwitz ist aber nicht die unweigerliche Konsequenz eines ***deutschen*** Imperialismus, sondern diejenige eines ***imperialistischen*** Terrorsystems, wie es sich unter den konkreten materiellen Bedingungen in Deutschland entwickelt hat.

Der Unterschied ist zentral.

Nicht ein fiktives Deutschtum ist der Hauptfeind. Es geht vielmehr darum, die Verhältnisse, die Unterdrückung und Ausbeutung immer wieder weltweit hervorbringen, und die Charaktermasken, die imperialistische Interessen immer wieder umsetzen und davon profitieren, kompromißlos zu bekämpfen.

Damit verschließen wir nicht die Augen vor dem rassistischen Dreck, den viele Menschen hier ausleben, weil sie Papiere der BRD besitzen. Herrschaftsideologien sind nur dann erfolgreich, wenn sie den Unterdrückten auch Vorteile bringen.

Trotzdem halten wir es für falsch, Herrschende und Beherrschte in Deutschland undifferenziert als "Volksgemeinschaft" anzusehen und als Ganzes zu bekämpfen. Dieser Ansatz ist undialektisch und schüttet sämtliche Widersprüche zu, anstatt diese, wo vorhanden, zu erkennen und durch politische Intervention zu vertiefen.

Es geht nicht um illusionäre Massenpolitik. Wir gehen grundsätzlich davon aus, daß imperialistische Politik ebenso rücksichtslos theoretisch und praktisch bekämpft werden muß wie Rassismus und Sexismus der Unterdrückten.
Trotzdem muß es unser Ziel sein, jede antikapitalistische, antirassistische und antipatriarchale Bewegung, die sich in Teilen der Bevölkerung zeigt, zu erkennen, aufzugreifen und voranzutreiben, um die Widerstandsbasis gegen alle Formen der Unterdrückung verbreitern zu können.

DIE ROTE LUZI

c/o P S G, Rankestr. 31, 10789 Berlin

Wenige von vielen Fragen an den Aufruf "Kampf den deutschen Zuständen" zur 8. Mai Demo

Anläßlich des 8. Mai wird es drei Demonstrationen geben, die sich gegen die politische Intention der offiziellen Gedenkfeiern richten. Während am 7. Mai ein reformistisches Spektrum mit dem bekannten "Nie wieder" als besseres Deutschland auftritt und immer noch den Anfängen wehren möchte, gehen die Aufrufe für den 6. und den 8. Mai davon aus, daß es den auf das Grundgesetz gestützten nationaldemokratischen Grundkonsens nicht zu verteidigen, sondern gerade anzugreifen gilt.

Nachdem zur Jahreswende die ersten antinationalen/antideutschen Positionen zum 8. Mai entwickelt wurden, entspann sich darum eine heftige Kontroverse. Die Kritiken reichten von dem Einwand, antideutsche Positionen würden zur Politikunfähigkeit führen, bis zum Vorwurf, die Behauptung eines rassistischen Massenkonsenses in Deutschland würde dem Staat und den Faschisten zuarbeiten, da er von der sozialen Frage ablenke. Im Vergleich zu diesen Anwürfen drückt der Aufruf zur Demo am 8. Mai eine tendenzielle Annäherung an antideutsche Positionen aus: Für die Geschichte von vor 1945 wird konstatiert, daß "der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung ... die Durchführung der nationalsozialistischen Ausbeutungs- und Vernichtungsfeldzüge nicht nur bereitwillig mitgetragen", sondern "aus eigenem Antrieb verschärft" habe. Bei der Frage, was diese Erkenntnis für die Beurteilung des nachfaschistischen Deutschland bedeutet und was dies für die aktuelle Situation heißt, ergeben sich allerdings grundsätzliche Differenzen zwischen dem antideutschen Aufruf zum 6. und dem zum 8. Mai. Während im letzteren für die NS-Zeit eine weitgehende Identität von Massenbewußtsein und faschistischer Staatspolitik festgestellt wird, wird die zentrale Frage, ob auch die nachfaschistische BRD-Demokratie auf einem nationalchauvinistischen Konsens beruht, offengelassen.

Der Versuch, antideutsche Positionen und ihre Konsequenzen zu umgehen, führt zu einer Entradikalisierung, die so nicht stehen bleiben kann:

Warum wird behauptet, daß völkische Politik, Antisemitismus, Eugenik, imperialistische Außenpolitik, kapitalistische Ausbeutung, repressiver Herrschaftsapparat, Männlichkeitskult und geschlechtsspezifische Rollenteilung "unterschwellige Kontinuitäten" seien, um die der "Mantel des Schweigens gehüllt" werde, als müßte man diese vor der Bevölkerung verstecken? Das trifft höchstens für die hektischen aber erfolglosen Versuche bei der außenpolitischen Schadensbegrenzung im Falle antisemitischer Anschläge zu. Alle anderen genannten Bereiche sind doch gerade recht lautstark in die öffentliche Diskussion und die deutsche Politik zurückgekehrt.

Warum wird im Aufruf von den "etablierten Parteien" behauptet, sie feierten "eigentlich nur das Kriegsende mit den Siegermächten"? Dies entspricht zwar der offiziellen Version, doch wird das Kriegsende von deutscher Seite gegen die ehemaligen Sieger und damit die Überwindung der alliierten Kontrolle gefeiert.

Warum wird behauptet, daß versucht werde, "die deutsche Geschichte bis 1933" zu benutzen, "um eine nationale Identität wiederherzustellen"? Das war doch gerade das Projekt der alten BRD, die gegen Kontinuitätsvorwürfe auf die demokratische Weimarer Tradition bestand. Derzeit wird Auschwitz relativiert, um auch die Geschichte nach '33 in Teilen identifikationsfähig zu machen und damit eine kontinuierliche Nationalgeschichte zu stiften.

Warum sollen laut 8.Mai-Aufruf in erster Linie Politiker und herrschende Parteien für die deutschen "Kontinuitäten verantwortlich" sein, obwohl eine dieser Kontinuitäten als eine in der Bevölkerung vorherrschende "Herrenmenschenideologie" beschrieben wird, die für "die Pogrome seit der Wiedervereinigung" die Ursache abgeben soll? Der Widerspruch, der sich hier auftut, wird durch den falschen Rückgriff auf NS-Kategorien (Herrenmenschenideologie) für die Erklärung von aktuellen Vorgängen befördert. Nicht jedes Pogrom beruht notwendig auf einer Herrenmenschenideologie als Ursache. Ist nicht viel eher die von fast allen geteilte nationale Verteidigungshaltung für die aktuellen Pogrome verantwortlich? Und darf, wie in dem Aufruf beschrieben, die Bevölkerung zwar schuldig, aber nicht verantwortlich sein, weil dies nach dem Verständnis der Verfasser nur die Eliten sein können?

Der Aufruf beschränkt sich weitgehend auf eine Kritik der "Bundesregierung" und der "etablierten Parteien" (sind damit die PDS und Bündnis 90/Grüne nicht gemeint?) und den staatlich propagierten Geschichtsrevisionismus. Die besondere Aggressivität des neuen, souveränen Deutschland wird nicht ins Zentrum der Kritik gestellt. Wer aber wie im Aufruf zum 8.5. "Antisemitismus *wegen* Auschwitz" konstatiert, der/die sollte auch nicht ins Zentrum der Kritik stellen, daß sich die falschen offiziellen Personen an die "Spitze des Gedenkens" stellen. Der "Kampf gegen die deutschen Zustände" verfehlt sein Ziel, wenn er bei der Beschreibung von NS-Kontinuitäten stehen bleibt, die schon für die alte BRD galten, anstatt die neue Qualität souveräner deutscher Großmachtpolitik seit 1989/90 in das Zentrum linker Analyse und Kritik zu stellen. Aus diesem Mangel folgt, daß eine Kritik der Tradition des bewegungspoltischen Opportunismus der deutschen Linken (die Menschen dort abholen, wo sie gerade stehen) im 8. Mai-Aufruf fehlt. Die Notwendigkeit, vor dem Hintergrund der Verschärfung der deutschen Zustände seit 1989 bisherige linke Selbstverständlichkeiten - wie der positive Bezug auf eine deutsche Bevölkerung, auch wenn sie die neuen deutschen Projekte zu ihren eigenen macht - in Frage zu stellen und linksradikale Theorie und Praxis daraufhin neu zu formulieren, wird umgangen. Damit wird einerseits die Möglichkeit einer Kritik der deutschen Verhältnisse ohne falsche Rücksichten abgeschnitten. Andererseits wird der 8. Mai nur auf einen der vielen Anlässe für linke Kampagnenpolitik reduziert, anstatt ihn zum Ausgangspunkt einer expliziten antinationalen Fundamentalopposition zu machen.

Antinationales Aktionsbüro 8. Mai

Termine für das antinationale Wochenende:

6. Mai: Demo, 13 Uhr, Oranienplatz

Auftaktveranstaltung für die antinationale Konferenz, 18 Uhr, Technische Universität, Straße des 17. Juni, Mathegebäude, Raum MA 001

Dance Groove Party mit DJ Günther Jacob 23 Uhr, Drugstore, Potsdamer Straße 180

7. Mai: Antinationale Konferenz 10.30 Uhr, Technische Universität, Mathegebäude, Raum MA 001

Aufruf zu den antifaschistischen Aktionstagen mit dem Motto:

Schluß mit den Nazitreffen
Gegen das faschistische Zentrum in Hetendorf vorgehen!

Über Jahre hinweg veranstaltete die Wiking-Jugend (WJ) zu Pfingsten ihre "Tage volkstreuer Jugend" im Hermannsburger Ortsteil Hetendorf. Daran beteiligten sich jeweils mehrere hundert TeilnehmerInnen. In das Programm gehörten u.a. Wehrübungen, uniformierte Aufmärsche in die Heide und politische Schulungen. Diese Lager wurden auch von Mitgliedern anderer neufaschistischer Organisationen besucht und waren die bedeutendste Veranstaltung der WJ in ihrem alljährlichen "Fahrtenplan".

Das faschistische Zentrum besteht seit 1979. Besitzer ist der Heide-Heim e.V., Hamburg. Es gibt noch einen weiteren Vereine namens Heide-Heim in Buchholz, LK Harburg, auch dieser unterstützt das Schulungszentrum in Hetendorf. In beiden Vereinen fungiert der Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger als stellvertretender Vorsitzende. Rieger ist auch in mindestens fünf der Gruppierungen, die sich zur "Hetendorfer Tagungswoche" treffen, führendes Mitglied. Bundesweit ist er als Strafverteidiger Nummer Eins der rechten Szene bekannt geworden.

Auch nach dem Verbot der WJ am 10.11.1994 ist die Bedeutung des Zentrums nicht geringer geworden, denn eine Vielzahl anderer Gruppen und Organisationen, gehören zu den Nutzern des Heideheims: Altnazis, die über einen "Freundeskreis Filmkunst" regelmäßig zur Vorführung "historischer" Filme zusammenkommen, rassistische und neuheidnische Gruppen wie die "Artgemeinschaft" oder der "Bund der Goden" treffen sich hier zu Tagungen, Neonazis wie die verbotenen FAP oder die NF veranstalteten hier Parteitage, die NPD nutzt die Räumlichkeiten für Versammlungen auf Landes- und Kreisebene (das Hausmeisterehepaar Koch ist in der NPD aktiv) etc.

In seiner Bedeutung für die Vernetzung des organisierten Neofaschismus in Deutschland ist das "Heideheim" vermutlich einzigartig. Allen Bemühungen engagierter AntifaschistInnen zum Trotz gibt es von Seiten staatlicher Organe keine Anzeichen, daß man gewillt ist, dieses faschistische Zentrum aufzulösen.

Der Widerstand gegen "Hetendorf 13" läßt sich bis in das Jahr 1984 zurückverfolgen: während einer Kampagne gegen die frühere "Wehrsportgruppe Jürgens" verübten militante AntifaschistInnen einen Brandanschlag auf das damals noch im Ausbau befindliche "Heide-Heim". 1987 organisierten autonome antifaschistische Gruppen eine Kampagne gegen die Wiking- Jugend, an deren Ende eine Demonstration gegen das damalige Herbstlager der WJ in Hetendorf stand, so daß dieses von der WJ abgesagt werden mußte. 1990 wollte Rieger ein weiteres Gebäude in Hetendorf erwerben, was durch massiven Protest verhindert werden konnte. Die Landjugend pflügte zu Pfingsten 1992 den Bolzplatz in Bonstorf, dem Nachbarort von Hetendorf, um. Damit konnte verhindert werden, daß sich die Wiking-Jugend dort zu "sportlichen Wettkämpfen" treffen konnte. Seitdem wird der Fußballplatz Pfingsten von der Landjugend für "Spiele ohne Grenzen" genutzt und steht den Nazis nicht mehr zur Verfügung. 1994 wurde eine großangelegte Unterschriftensammlung gestartet. 3300 Menschen drückten damit ihren Unmut über die Vorgänge in dem Schulungszentrum Hetendorf 13 aus. Nicht zu vergessen sind die Anfragen im Landkreis, bei der Landes- und Bundesregierung und die mühsame Recherchearbeit nicht nur Celler antifaschistischer Gruppen und Zeitungen sowie das Veröffentlichen der Ergebnisse in Presseerklärungen, Artikeln und Flugblättern.

Um die endgültige Schließung des Zentrums zu erreichen, gründeten (schon vor dem Verbot der WJ) AntifaschistInnen in einer Bandbreite, die von einem örtlichen Sportverein über JUSOs und Grüne bis hin zu Autonomen reicht, das **Bündnis gegen Rechts - Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf.**

Die Idee, die wir mit dem Bündnis verfolgen, ist, alle Facetten des Antifaschismus sichtbar werden zu lassen. Eine breite, sich aufeinander beziehende Bewegung kann es sicherlich eher schaffen, das Treiben der Faschisten über kurz oder lang zu beenden.
Als erster Schritt dahin veranstalten wir Pfingsten 1995 großangelegte antifaschistische Aktionstage. Während der ganzen Zeit findet ein Camp in Sülze, ca. 12 km von Hermannsburg entfernt, statt. Es ist Platz für ca. 600 Zelte. Auf dem Camp sollen Workshops, Ausstellungen, Diskussionsrunden stattfinden. Bringt Ideen mit!
Das antifaschistische Zeltlager soll außerdem die Öffentlichkeit interessieren und informieren und die Solidarität der AntifaschistInnen stärken.

Den Auftakt für die antifaschistischen Aktionstage bildet eine Podiumsdiskussion mit Personen, die sich bereits gegen das Zentrum in Hetendorf eingesetzt haben.

Für die Demonstration, wie für die gesamten Aktionstage, wird überregional mobilisiert. Ziel ist eine große, bunte, vielfältige aber gleichzeitig geschlossene Demonstration, die den Nazis öffentlich verdeutlicht, daß es mit ihrer ländlichen Idylle und Ungestörtheit ein Ende hat. Wir werden direkt vor dem Nazi-Zentrum Hetendorf 13 eine Zwischenkundgebung abhalten. Konfrontationen mit Nazis oder der Polizei werden von unserer Seite nicht gesucht.

Die Konzerte finden in Sülze direkt neben dem Camp statt. Es spielen regional und überregional bekannte Gruppen, Musikrichtung: Deutsch-Rock, Hardcore, Reggae, Crossover, Post-Punk, Rock, Multicore.

Der Kostenbeitrag für das Camp und die Konzerte beträgt DM 20,- für die ganze Zeit. Wer nur zu den Konzerten will, bezahlt an der Abendkasse entsprechend weniger. Für den Pendelverkehr und für die Demoanfahrt wird mindesten ein Bus zur Verfügung stehen. Für die Essensversorgung ist durch mehrere Imbisse gesorgt, u.a. einen vegetarischen. Das Essen kostet extra.

Mehrere große Zelte für Veranstaltungen werden auf dem Camp aufgebaut. Eure eigenen Schlafzelte müßt ihr selber mitbringen.
Kinderbetreuung wird auf dem Camp selbst organisiert.

Anmeldungen fürs Camp, Spenden, Kartenvorverkauf und weitere Informationen bei:

Bündnis gegen Rechts - Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf
c/o Celler Zündel
Postfach 1591, 29205 Celle

Konto: Info-Treff, Stichwort 1995
Postgiroamt Hannover, BLZ 250 100 30
KNr.: 384862-302

Am Bündnis beteiligt: Antifa AG der UNI Hannover, Antifa Café Hannover, Antifa Gruppen aus Hamburg, Antifaschistische Jugend Braunschweig, Antifaschistischer Arbeitskreis Celle, Antifa West Braunschweig, ARAK Hannover, Arbeitsgemeinschaft Bergen-Belsen, Arbeitskreis Asyl Celle, Autonome Antifa M Göttingen, Autonomes Frauenplenum Braunschweig, Bündnis 90 / Die Grünen KV Celle, Der Runde Tisch Asyl Nienburg, Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Celle, Frauen-Lesben-Gruppe ZAMI Braunschweig, Gruppe Gegenstrom Göttingen, Info-Café Celle, INK (Initiative Naafi Kulturhaus) Celle, INTI (Anti AKW Gruppe) Celle, Jusos Celle, JRE Hamburg-Bremen-Bremerhaven, Sportverein Blau-Blau Bonstorf, Sprengel-Antifa Hannover, Verband der Motorradclubs Kuhle Wampe Region Nord, Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V. Göttingen, VVN - Bund der AntifaschistInnen LV

Das Programm für die Antifaschistischen Aktionstage, Pfingsten 1995:

Freitag, 2.Juni:

18.00 Uhr — **Eröffnungsrede** auf dem Camp in Sulze

20.00 Uhr — **Podiumsdiskussion** im Bauernhaus der Heimvolkshochschule in Hermannsburg.
Thema ***"Hetendorf - was tun?!"***

Samstag, 3. Juni:

10.00 Uhr — **Kulturfest** im Ortzepark in Hermannsburg mit Kleinkunst, Musik, Information

13.00 Uhr — Treffen am Camp in Sulze zur gemeinsamen Abfahrt zur Demonstration

15.00 Uhr — **Demonstration** von Bonstorf nach Hetendorf. **Kundgebung** vor dem Nazi-Zentrum in Hetendorf

19.30 Uhr — **Openair-Konzert** in Sulze, Kaffeegarten (Einlaß ab 19.00 Uhr)
INZYDEOUT aus Hermannsburg - Hardcore
VIVA KUNTERBUNT aus Celle - Reggae
SPRING THING aus Hannover - Melodic Hardcore
ACKERBAU + VIEHZUCHT aus Detmold - Multicore

Sonntag, 4. Juni:

11.00 - 18.00 Uhr — **Informations-Veranstaltungen** auf dem Camp in Sulze zu folgenden Themen:
- **Faschismusanalyse**, Veranst.: *Antifa AG der UNI Hannover*
- **Kritik an den Autonomen**, Veranst.: die Gruppe *Fels*
- **Kriminalisierung von AntifaschistInnen**, Veranst.: *Antifa M* aus Göttingen
- **Heidentum - Heidesein**, Veranst.: *Antifa Gütersloh*
- **Widerstand gegen Faschismus - Damals und Heute**, Veranst.: *JRE* (Jugend gegen Rassismus in Europa)
- **Esoterik und Faschismus**, Veranst.: *Der Rechte Rand*
- **Ausstellung zu Gedenkstättenarbeit**, Veranst.: Motorradclub *Kuhle Wampe*

12.00 Uhr — **Begehung des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen**

19.00 Uhr — **Openair-Konzert** in Sulze, Kaffeegarten (Einlaß ab 18.30 Uhr)
MOSIA BIZZ aus Hermannsburg - Cross Over
MAN-X aus Bodenteich - Deutsch-Rock
MURPHY aus Göttingen - Cross Over
DEAD POPSTARS aus Hannover - Post-Punk bis Noise-Rock
DIE FREMDEN aus Göttingen - Punk Rock

Montag, 5. Juni:

9.00 - 15.00 Uhr — **Fußballturnier** in Bonstorf

Vom Spaßhaben und Spaßverderben

Diese Bestandsaufnahme des aktuellen Zustandes der autonomen Szene beruht auf den Erfahrungen vor allem von (Kultur-)Veranstaltungen in der Roten Flora in Hamburg. Es sind also möglicherweise spezifische Metropolengedanken, vielleicht gelten sie sogar auch nur für die besondere Situation in Hamburg. Dennoch glaube ich, daß sie das, was von vielen als "Krise" erfahren wird (zumindest als "Veränderung") von einer anderen Perspektive aus, die sich nicht an "Erfolgen" oder "Niederlagen" an "Schwächen" und "Stärken" mißt, beschreiben und erklären kann.

Die Rote Flora gibt es seit fünf Jahren. Ihr Status als "besetzt" hat sich nie geändert. Das besondere an der Flora ist ihre Lage mitten im Szeneviertel "Schanzenviertel" und das sie kein "Hausprojekt" ist: die Flora ist unbewohnt: die Flora "lebt" als Treffpunkt, als Veranstaltungsort und wohl auch als Symbol. Sie stand lange im (Wind-)Schatten des spektakuläreren Hafens, hatte aber gerade für eine sich (neu) etablierende autonome Szene im Schanzenviertel eine besondere Bedeutung. Fast alle politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre liefen über die Flora. Sie ist eine Art Gradmesser für die Lage / Befindlichkeit der Autonomen in Hamburg geworden.

Die Funktionen der Flora sind Koordination von politischen Aktionen (Demos, die Lage beratschlagen, Infos etc.), Treffpunkt für autonom-politische Gruppen aber eben auch Konzerte, Partys, Theater etc.. Es treffen sich also an einem Ort mindestens zwei Fraktionen, die sich "autonom" nennen können, aber nicht müssen. Ich nenne sie, verkürzend und typologisierend, "politischen Widerstand" und "Gegenkultur".

Politischer Widerstand umfasst die praktische und theoretische Auseinandersetzung mit den herrschenden Bedingungen des Sozialen, heißt: Antiimperialismus, Anti-Rassismus, Anti-Sexismus. Als autonomer Widerstand bedeutet dies auch ein bereits (versuchsweise) praktiziertes kollektives, selbstbestimmtes (Zusammen-)Leben, die Befreiung von Verwertungsinteressen, die Wiederaneignung des Sozialen (Rückeroberung der kapitalistisch-patriarchal bestimmten Räume).

Gegenkultur wiederum meint das uns vorenthaltene durch Disziplinierungen, Zwänge und die herrschende Verwertungslogik bestimmte "Leben" sofort, hier und jetzt, einzufordern. Gegenkultur ist in der Regel eine Jugendkultur, sie umfasst sowohl einfache Verweigerung als auch die Produktion von illegitimer, nicht-kommerzieller Kultur (dazu später mehr). Gegenkultur hat bestimmte historische (legitimierende) Bezugspunkte. Die Haltung ist allgemein anti-bürgerlich, als Schlagwort "bohemistisch", allerdings deshalb nicht unbedingt frei von der Bejahung der bestehenden (Macht-)Verhältnisse.

In den letzten zwei Jahren ist es in der Roten Flora zu einer Veränderung gekommen, die sich, so denke ich, aus Veränderungen von politischem Widerstand und Gegenkultur selbst erklären läßt. Während die autonome Szene in Hamburg im allgemeinen die eigene Existenz als Auflösungsprozeß wahrnimmt (im Vergleich: was war früher, was ist jetzt?; in der Sinngebung; in der zahlenmäßigen Größe: Demos früher, Demos heute; aber auch in der abnehmenden Attraktivität, vor allem auch in der "Konkurrenz" zur Gegenkultur), der politische Widerstand nicht nur nach "außen" sich in der Defensive befindet, sondern auch die inneren Differenzen wahrzunehmen beginnt (die interne sexistische, rassistische, hierachische Ordnung), boomt die Gegenkultur. Tanzveranstaltungen (Dub, Techno) ziehen hunderte von Tanzwütigen in die Flora, die zwar meistens aus dem politischen Umfeld der Szeneviertel stammen, aber nicht nur: auch die gegenkulturelle Subkultur der Musik- und Kneipenszene, aber auch VorstädterInnen, VertreterInnen der Medienindustrie und junge KarrieristInnen, die noch ein wenig kulturelles Kapital brauchen (die Flora als hipper Geheimtip) lassen sich blicken, um am Montag als Foto in der Mopo zu erscheinen: in der Flora war wieder eine tolle Party!

Dies alles geschieht eingerahmt von weiteren Auseinandersetzungen: Die im weitesten Sinne politische Szene in Hamburg besteht aus vielen widerstrebenden Gruppen (autonom, anti-faschistisch, mit konkreten politischen Projekten, etwa Flüchtlingsarbeit beschäftigt, linksradikal, gegen-die-da-oben etc.). Antifaschistisch muß nicht unbedingt anti-sexistisch bedeuten (sollte es aber..), sich irgendwie links fühlen, weil nicht so recht in diese Gesellschaft hineinpassend, ruft noch nicht gleich eine Selbstreflektion hervor. Die Flora hatte hier den Ruf einer besonderen Rigidität, einer Art Überwachungszentrale für die von ihr bestimmte korrekte Linie, die von einer eingeschworenen Clique, dem "ZK", bestimmt werde und der die meisten nicht genügen können. was wahrgenommen wurde, war nicht die Richtigkeit oder Falschheit der "Linie", sondern Gesetze, Regeln und Verbote. Zugleich war es aber auch in der Flora, oder bei denen, die sich über die Flora politisch definieren so, daß ihre Position (meinetwegen "p.c.") genannt, sich aus einer klaren, immer wieder erarbeiteten politischen Analyse ergab. Aus bestimmten Gründen formierte sich ein spezifischer "Lebensstil" mit lebens- und selbstreformerischem Anspruch: die Rede war, übersetzt, sich selbst zu reinigen, keine Gifte in sich hineinzulassen (kein "außen"), gut zu werden ("korrekt"). Das aber funktioniert nach zum einen begründeten / begründbaren, aber zum anderen auch nach intuitiven, übernommenen und bereits (anerzogenen und gesellschaflich vorhandenen) Regeln, oft eben auch Benimmregeln. Anhand dieser verworrenen Konstellation hat sich in der "Zeck" (dem Blatt aus der Flora) aber noch mehr in tausend privaten Diskussionen eine Debatte entwickelt, die, zumindest in der "Zeck", mit dem Stilmittel der Polemik mit Vorwürfen, Widerrufungen etc. geführt wird. Eine politische Diskussion (über Sexismus, Rassismus und wie das bei "uns" funktioniert) findet dabei kaum noch statt.

Vorwürfe gegen die Gegenkultur lauteten etwa (lose zusammengestellt aus zwei Zeck-Artikeln im August'94) "ominöse Mammutveranstaltungen", "wir fühlen uns da einfach nicht mehr wohl", die Musik (Techno) sei scheiße und stumpf, aggressiv und zugedrogt, "Unmengen von Kohle, die für die Vorbereitungen ausgegeben werden", "Wo ist denn da noch der Bezug zur Flora? (...)" findet dies nur statt, weil es eben hip ist?, "das ist nicht mehr das was Flora mal war und sein sollte", "Riesenparties als Kommerzkultur", der Anspruch subkulturelle Tendenzen subversiv mit unseren Inhalten zu füllen werde nicht eingelöst, "die erkämpften freiräume werden immer mehr gegen das eingetauscht, wogegen diese Freiräume erkämpft worden sind"

Verteidigung der Gegenkultur: Die Auflösung der politischen Zusammenhänge ist der Grund für die andere Gewichtung im Programm der Flora, "wenn die Flora es nicht schafft zu vermitteln, wer oder was sie ist, dann ist sie verdammt selber schuld und nicht das Publikum", Flora als Raum in dem Kreativität ausprobiert werden kann, die Stimmung bei der Gala Infernale hat mehr mit Miteinander und Umgehen unter uns zu tun als jedes (von der Stimmung her viel aggresivere) Punkkonzert, bis jetzt ist es gelungen die Veranstaltungen nicht-kommerziell und anders als auf dem Kiez ablaufen zu lassen, Techno z.B. ist nicht deshalb zu verdammen, nur weil es auch Mainstream-Techno gibt, es geht darum "eigene Ausdrucksformen zu entwickeln und unsere Grenze zu kommerziellen veranstaltern genauer zu definieren,, "Wir müssen uns die Offenheit bewahren, dass die Flora sich weiterentwickelt, um nicht in Regeln aus Erfahrungen der Vergangenheit zu erstarren oder von Entwicklungen überrollt zu werden, die wir nicht wollen bzw. nicht mehr kontrollieren können" (...)

Die Identität des autonomen Widerstandes

Autonomer Widerstand wurde und wird relativ unreflektiert und unproblematisch zusammengehalten von einem bestimmten Lebensstil. Selbstidentifizierung (die Bilder, die von uns gemacht werden und die wir uns selber machen: Kleidung, Auftreten, Slang) und Identitätsbildung (das "autonome" als sozusagen "natürlicher" Charakter, als unser festgefügtes, unveränderliches, unbedingt notwendiges Sein) hat eine entscheidende Funktion für die autonome Politik. Dieser ging und geht es eben nicht nur um "große (aniimperialistische, antistaatliche) Politik" als Stellvertretung ("im Herzen der Bestie") oder allgemein und abstrakt gegen die Logik des kapitalistisch-patriarchalen Systems, sondern vor allem auch um eine jetzt schon einzulösende Befreiung von den herrschenden Bedingungen: sich Orte und Zeit erobern, hier und jetzt mit einem anderen Leben anfangen, das Leben selbst bestimmen, nicht mitmachen müssen, eigene Regeln aufstellen, andere, "bessere" Menschen werden etc.

Das Leben als Autonome, der "Lebensstil", in einem bestimmten "sozialen Raum" stattfindend (das "Viertel", die "Szene", zentriert in der Regel auf die besetzten Häuser), konnte dabei auch immer als ein selbstgenügsames sich-einrichten stattfinden (wir haben "unsere" Identität gefunden, was also noch mehr?). Dies geschah durch eine - politisch zu begründende - Trennung in "wir" und "die anderen". "Wir" waren nach den Regeln des Stils gut zu erkennen. Die neue soziale Bewegung "autonom" war spätestens seitdem die Bilder vermummter, schwarz gekleideter meist männlicher Straßenkämpfer in der Hafenstraße sich medial überall dorthin verbreiteten, wo Jugendliche vor dem Fernseher von einem besseren Leben träumten, ein Stil geworden. Das Problem, gleichzeitig aber auch die Stärke eines Stils ist es, daß er mit ein wenig sozialem Gespür leicht zu kopieren ist. Auch den autonomen Stil gab/gibt es zu kaufen (in der Boutique nebenan im Viertel). Die einzig verbindliche und unumstrittene Theorie der "Autonomie", die "Selbstbestimmung", wird als Kleidungscode selbst wieder zu einer Ware. Gerade aber als Ware kann sie sich erst ausbreiten und vervielfältigen (eine Rolle spielen in den hegemonialen Diskursen). Über diese verbindenden Zeichen erst werden all die Autonomen in Berlin, Boizenburg und Bielefeld zu einer zu identifizierenden Gruppe. Als scheinbar überall vorkommendes Phänomen namens "Chaoten" mit dem Bezugspunkt "Aufstand", "Straßenschlacht", "Randale" (Hafenstraße, Startbahn West, 1.Mai) werden sie relevant und ernst genommen.

Wir haben uns in den meisten Städten Häuser oder gar (das ist natürlich nur imaginiert) ganze Viertel genommen. "Unser" Haus oder "unser" Viertel heißt das, wenn wir miteinander reden. Wir haben uns, jenachdem wie die Auseinandersetzungen mit den äußeren Feinden - Staat, SpekulantInnen/Kapital, FaschistInnen - gelaufen sind, mit der Zeit eingerichtet. Das, was zu Beginn ungeordnet, spontan und oft auch unreflektiert abgelaufen ist, fügte sich stetig in eine neue Ordnung und Planung, in eine Sozialstruktur von "privaten" Beziehungen, politischen Verbindungen, Orten, Zeitpunkten etc.. Wir hatten bald auch "unsere" Kneipen, "unsere" Buchläden und "unsere" Veranstaltungsorte. Kurz und gut: "unsere" autonome Lebenswelt und Kultur.

Autonome Kultur - ob es soetwas gibt ist ja umstritten - fand in den besetzten Häusern und entstehenden Kulturzentren statt. Verbindliche kulturelle Ausdrucksform war hier relativ unumstritten (Rock-)Musik, genauer: Punk und Hardcore. Der autonome Lebensstil verlangte nach Eindeutigkeit, Energie und Unversöhnlichkeit. Zudem wurde Hardcore idealerweise von Menschen aus dem autonomen Widerstand selbst (genauer: dessen angenommenes Pendant in den USA) für den selben gemacht: Produziert unter Produktionsbedingungen, die sich Verwertungs- und Profitinteressen weitgehend entzogen, konsumiert in den besetzten Zentren. Alles am autonomen Lebensstil zielte noch bis in die 90er auf eine einheitliche Identität. Gerade diese wurde auch als Gradmesser und Garant für die Durchsetzung der autonomen Politik genommen: Bei allen möglichen Abweichungen galt doch "schwarz" als das eigentliche

und ideale, ein benennbarer Soundtrack zum Aufstand (Hardcore), ein Viertel, wo es zu wohnen galt, eine Sprache (bloß nicht intellektuell, aber auch nicht prollig). Umso identischer wir mit diesem Bild wurden, desto politsch machtvoller kamen wir uns vor bzw. schienen wir auch geworden zu sein (wir waren in den Medien !). Soziologisch-analytisch könnte das (mit einem böswilligen Beiklang) heißen: wir waren und sind ganz schön kleinbürgerlich (ist es eigentlich was schlechtes kleinbürgerlich zu sein?).

Die Krise der Autonomen

Meine These ist, daß im politischen Widerstand eine (notwendige) Krise stattfindet, welche die Gegenkultur (strukturell) nicht kennt. Gegenkultur übernimmt dabei ein Terrain, welches zuvor vor allem der autonomen Szene vorbehalten war: es geht um das Recht jetzt zu leben ("Leben" als aufgeladener, existenzialistischer Begriff). Jetzt zu leben heißt auch: ein recht auf Spaß. "Spaß" aber wird im Zuge der Krise der Autonomen problematisiert. Autonome werden zu "SpaßverderberInnen" und die Gegenkulturellen zu "Spaßhabenden".

Politischer Widerstand und Gegenkultur

Der Zusammenhang von Politik und Kultur ist schon oft thematisiert worden. Die Geschichte schreibt mindestens seit dem 19. Jahrhundert von den Verbündeten, aber nie so recht zusammenkommenden "Politik" und "Kultur". Die Themen sind wiederkehrend: Politische/politisierte Kultur, kulturelle Politik, die Forderung Kultur habe einen politischen Willen nach jeweiliger Parteilinie auszudrücken und zu erfüllen, aber genauso auch die Proklamation des politischen Selbstbestimmungsrechts der Kultur mit der Aussage, daß Kultur selbst schon politisch sei, jedenfalls eine Gesellschaft mehr verändern könne als Parteipolitik. In der Regel wird die politische Seite hegemonial, als das absolute und eigentliche gesetzt. In der Politik mit den anerkannten politischen Kampfmitteln (Demos, Flugblätter, Straßenschlacht, Blockaden, Parteiengründung etc. pp.) finden die "wirklichen" und entscheidenden Auseinandersetzungen statt. Kultur wäre dann nur etwas, was diesem politischen Willen einen Ausdruck zu verleihen, was die Botschaft (etwa der "Revolution") zu transportieren und unter das Volk zu bringen hat. Kultur sollte bereit stehen um die gute Sache zu verkünden, sie sollte die trockene Botschaft attraktiv und verständlich machen, sie sollte die Gefühle für einen Aufstand ansprechen, wo dies durch Aktionen und Propaganda nicht mehr gelang. Kultur hatte danach keinen politischen Wert an sich, sie war etwas was im Sinne eines politischen Ziels - Mobilisierung, Verbreitung - genutzt werden konnte. Außerdem wurden die ProduzentInnen von Kultur aufgrund ihrer verdächtigen sozialen Position für unsichere KantonistInnen gehalten. Tatsächlich landeten die kulturpolitischen Botschaften ja in aller Regel eher auf dem Kulturmarkt als im Volk. Im Zweifelsfall hatte noch jedeR mit seinen / ihren Theaterstücken, Politsongs und das Proletariat lobpreisenden Gedichten eine mehr oder weniger gelungene Karriere gestartet, die ihm / ihr auf dem Markt sonst womöglich versagt worden wäre. Das Mißtrauen den Kulturherstellenden gegenüber war durchaus angebracht. Zugleich bewunderten die Politischen aber die Kulturellen für etwas was ihnen abging: für Frechheit, Regellosigkeit, Lebensintensität (das lustige Boheme-Leben).

Gegenkultur

Seit den 60ern aber (allerdings beeinflußt von ähnlichen historischen kulturellen Bewegungen wie DADA, Surrealismus, Situationismus) hat sich eine Kulturproduktion entwickelt, die dem Anspruch nach jenseits von Verwertungsinteressen steht, welche die herrschende, legitime Kultur ablehnt und sich weitgehend einer (links-)radikalen Position zuordnet, bzw. sich selbst schon für politisch (anti-bürgerlich, umstürzlerisch, Individueen verändern, befreiend) erklärt. Gegenkultur proklamierte eine vollkommene Abwendung von der herrschenden, dominanten Lebensweise und hegemonialen Kultur und Moral. Denen-ihr-Spiel-nicht-mitmachen war die Praxisanleitung. Das hieß: Verhöhnung, Lächerlichmachung der legitimen Kultur (aber auch eine sehr geheime, sehr komplizierte nicht-akademische Theorie), Produktion von "eigener" möglichst radikaler Kultur, vor allem Musik, Schaffung einer eigenen, von denen nicht zu verstehenden Sprache und Codes (Spiel mit Bedeutungen, Mehrdeutigkeit), Ablehnung aller bürgerlichen Werte, sexuelle Befreiung, das Recht sich alles zu nehmen, totale Freiheit (d.h. auch Auflösung der anerzogenen Selbstdisziplin, die als Unterdrückungsmechanismus wahrgenommen wird) , Selbstveränderung durch Musik/Sounds, Drogen etc. Gegenkultur hat sich in ihrer politischen Wirksamkeit (die sie hat) gerne maßlos überschätzt. ~~Die eigene Position~~ (VertreterInnen der Gegenkultur sind meistens selfmade Intellektuelle für die es gesellschaftlich keinen rechten Platz gibt. Mit der Entwicklung der Medienindustrie fallen mittlerweile aber auch genügend Posten für Gegenkulturelle ab. Die eigene Pionierarbeit für die Medienindustrie wird selten wahrgenommen. Bei allem nicht-kommerziellen Anspruch ist noch kaum ein gegenkulturelles Produkt - die es ja eben auch nur als Waren [Platten, Bücher, Mode, Zeitschriften] gibt - der Verwertung entkommen. Heute arbeitet ~~ja~~ der Mainstream immer schneller mit den Zeichen und Ausdrucksmöglichkeiten von Gegenkultur (s. Viva, MTV etc.). Gegenkultur existiert als eine (groß)städtische Subkultur mit Kneipen, Discos, Konzerten, Partys, Organen (Zeitschriften, Fanzines, Labels), sie ist aber auch unter stets veränderten historischen Bedingungen seit den 60ern an den sozialen Bewegungen beteiligt.

Gegenkultur und politischer Widerstand in der autonomen Szene

Autonomer Lebensstil und Gegenkultur sind nur typologisch, als soziologische Konstruktion zu unterscheiden, es gibt zahlreiche Übergänge, aber auch schroffe Differenzen. Die autonome Szene selbst lebte von einer Mischung politischer und gegenkultureller Traditionen und Einflüsse (schon der Kleidungsstil hatte seine Wurzeln ja im Punk und nicht in der Anti-AKW-Bewegung). Es gibt Wandernde und Überwechselnde, gegenkulturelle Autonome und autonome Gegenkulturelle. Die gegenseitigen Beeinflussungen sind den Beteiligten oft

nicht einmal bewußt. In den Großstädten (und nicht nur da) leben Kulturproduzierende, Verweigernde (Nachtlebensmenschen) und Politische in der Regel in unmittelbarer Nachbarschaft, oft sogar in den gleichen WG's (nachts gehen sie aber in verschiedene Kneipen).

Oft war / ist es eine Frage der sozialen Herkunft, der lokalen Möglichkeiten, des Momentes, ob sich dissidente Jugendliche dem politischen Widerstand oder gegenkulturellen Subkulturen anschlossen. Was Gegenkultur und politischen Widerstand eint ist die prinzipielle Ablehnung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Verschieden sind oft die Kampfformen und die Frage des Kampfes, Eingriffes überhaupt. Politischer Widerstand hat letztlich ja nicht viel anderes zu gewinnen als das Absolute, die Revolution, die neue Gesellschaft, Gegenkultur kann sich auch schon mal in einer Nische einrichten und glücklich werden. Es gibt beide Möglichkeiten: sich organisieren, den Staat bekämpfen (in einer Partei, in einer Bewegung, mit oder ohne Waffen), aber auch das vorenthaltene "Leben" einfordern. das war nicht unbedingt immer klar voneinander geschieden. Der Mai'68 lebte davon, die Häuserbewegung und auch die autonome Szene. Die drohenden Depressionen eines zermürbenden politischen Aktivismus waren sicher nur für wenige der Anreiz "autonom" zu werden, gerade der gegenkulturelle Anteil machte wohl einen großen Anteil der Attraktivität von Bewegungen aus (interessanterweise haben aber gerade die eindeutig politisch tätigen Gruppen immer länger durchgehalten als solche, die sich das Leben zurückerobern wollten).

In der autonomen Szene gab es immer auch viele, die die gegenkulturellen Anteile in der Bewegung nicht teilten. Zum einen wurde strikt politisch eine vorrangige Wichtigkeit des anti-imperialistischen Kampfes gesehen und damit von Selbstbefreiung etc. abgesehen, zum anderen entstand Ende der 80er als US-Import eine politische Haltung, die bald generell für das Autonome schlechthin gehalten wurde, nämlich die des gerne mit p.c. verwechselten "straight edge": Verkündet wurde diese als im (all-)täglichen (Lebens-)Kampf notwendige Selbstkontrolle, als jeweils politisch zu begründende Enthaltsamkeit und Askese.

Möglicherweise ist dies auch als Reaktion auf die Krise der autonomen Bewegung gerade in den westlichen Großstädten in den 90ern zu deuten. Die politische Ernsthaftigkeit, welche mit der linken Gemütlichkeit im Viertel und der Ratlosigkeit um 1990, in Zweifel gezogen war, konnte scheinbar nur mit einer extremen Selbstkontrolle gekontert werden: Veganer Antialkoholismus. Der letzte Schritt autonomer Identitätsbildung und Abwehr: alles Böse aus uns exorzieren. Vieles läßt sich dabei natürlich politisch begründen, was oft aber nicht geschehen ist, die Anti-Alkoholismus-Debatte etwa war immer ziemlich mau und kann ohne historischeBezug - Zusammenhang: Antialkoholismus und Eugenik / Rassenhygiene in den 20ern - fatal werden. Die politische Bedeutung von Lebens- und Selbstreform, ihre Nähe und Abgrenzung zur Selbstdisziplinierung, zur Wiederannahme (klein-)bürgerlicher Werte und einer protestantischen Ethik sowie die mehr als fragwürdige Metaphorik (das sich rein und sauber halten, die Abwehr äußerer Gifte etc.) muß unbedingt noch durchdacht und aufgearbeitet werden.

Staatsjustiz, spezielle Bullentruppen, der Niedergang der Häuserbewegung und vor allem der reaktionäre backlash 1989ff. hatten in den westlichen Großstädten (jedenfalls in Hamburg) die Szene demoralisiert. Die Eingerichteten bemerkten ihr eingerichtet sein (nachts in der Szenekneipe, die sie selbst aufgemacht hatten), den Widerspruch zwischen radikalen (An)Forderungen (Forderung nach Radikalität) und dem Alltag. Und wer wollte die gerade erträglich gewordenen Verhältnisse schon gerne aufs Spiel setzen (das mühsam erkämpfte Haus, den neuen Freundeskreis). Wir wollten ja auch mal - zu Recht - in Ruhe gelassen werden. Außerdem waren wir ja doch nicht "außerhalb" dieser Gesellschaft, das Leben und der Zwang zu Lebenslaufbahnen ging ja weiter: jobben, Studium zu Ende bringen, Beziehung in Ordnung bringen, es-auch-mal-gut-haben. Da gibt es kein Entrinnen im Diesseits (denn alle jenseitigen Versuche sind zeitlich, enden frühzeitig tödlich...sie kriegen uns alle...).

Die gegenkulturellen Forderungen hingegen widersprachen prinzipiell einer "straight edge"-Haltung. Sie entzogen sich - da sie auch ständig neue Intensitäten, Spannungen, Lebenslust brauchten - zudem einer autonomen Identitätsbildung.

Im Laufe der ersten Hälfte der 90er ging der autonome Sound schlechthin, Hardcore, den Weg aller Musikstile. Er wiederholte und plagiatisierte sich, erstarrte zum Klischee und zu hohlen Phrasen. Die politische Botschaft wurde zur platten, standardisierten Redeweise. Wer gegenkulturelle Intensität haben wollte, mußte andere Musik hören. In der Roten Flora etwa entwickelte sich in den 90ern eine zunächst kleine, aber immer populärer werdende (Roots-)Dub-Szene, die sich teilweise aus ehemals Hardcoreproduzierenden rekrutierte. Was zunächst im kleinen Kreis im dunklen, feuchten Keller stattfand, passierte bald in der großen Halle. Die nicht unbedingt politische (gegenkulturelle) Subkultur, die die Großstadtnächte bevölkert wurde schnell aufmerksam. Sie selber sind gezwungen immer ganz vorne zu sein, alles was sie haben ist ihr "guter Geschmack", ihr angesammeltes Wissen (kulturelles Kapital) mit dem sie vielleicht doch nochmal was werden (in einer underground-Zeitschrift, bei einer Plattenfirma, in einem neuen akademischen Feld etc.). Diese Szene machte bald einen großen Anteil am Publikum bei den sich in der Flora etablierenden Tanzveranstaltungen, aber auch bei Konzerten aus. Die Flora wurde für "hip" erklärt, es gab 'ne Menge Punkte in der Flora gesehen zu werden, in der Mopo wurde das "pittoreske Abbruchambiente" gelobt, "Prinz" stellte fest, daß wir die besten Partys der Stadt veranstalten und doch heroisch unsere politischen Standpunkte verteidigten. P.c. + tolle Partys... unsere location wurde mega-hip. Riesenpartys mit Menschen, die nicht als "autonom" identifiziert werden konnten, eine nicht immer präsente eindeutige politische Botschaft, Rausch, Alkohol oder gar andere Drogen. Der gegenkulturelle Anteil der autonomen Szene schien in der Roten Flora bei gleichzeitiger Krise des politischen dominant zu werden. Das Funktionieren der Roten Flora in der

Medienindustrie - da konnten sich die OrganisatorInnen noch so abstrampeln und unkommerziell sein: Festlegung der Preise, öffentliche Stellungnahmen und Beteuerungen: wir sind doch die alten geblieben - roch nach "Ausverkauf" (als gabe es nur das entweder oder und den Übergang zum Verrat, die Frage war dann an welchem Punkt der Verrat stattfindet, was die Grenze des Übergangs ist, ob wir es uns etwa zutrauen mit "denen" zu spielen und wie lange wir dabei die Bedingunegn wirklich diktieren können, ob es etwa nicht eine schleichende Korrumpierung gibt. Ich glaube das sind die allgemeinen und geteilten Vorstellungen, die allerdings zu kritisieren sind, wie diese Gesellschaft funktioniert: als (soziales) Gift).

Parallel dazu jedoch geschah eine (Re-)Politisierung der Gegenkultur selbst. Ausgehend sowohl wieder einmal von dem was sich in den USA abspielte, nämlich dem politisch-kulturellen Widerstand der afro-americans im Hip Hop und der Problematisierung der Jugend/Gegenkultur durch die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen forderten nicht-akademische Intellektuelle, daß Gegenkultur wieder eine eindeutige linksradikale Position beziehen müsse: Die Wohlfahrtsausschüsse versuchten nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch-propagandistisch tätig zu sein, in 17 Grad Celsius wurden Möglichkeiten und Schwierigkeiten von politischem Widerstand und Gegenkultur debattiert. Das Fachblatt des guten Musikgeschmacks "Spex" widmete sich politischen Themen - RAF, Abschiebeknäste -, Beute und Junge Welt propagierten einen neuen Zusammenhang von Politik und Kultur. In Hamburg bewunderten VertreterInnen der sog. Hamburger Schule die radikale Praxis der Autonomen. Bei der Feier zur Freilassung von Irmgard Möller spielten nicht die anerkannten Polit-Core Bands sondern Die Sterne, Jochen Distelmeyer von Blumfeld und der Rest der Familie, Bands die in dem Ruf standen Fun-Punk zu spielen machten plötzlich Agitprop-Platten mit politischem Beiblatt. Ist das bloß radical-chic oder dämmert dort eine neue Bewegung? Ist das die Versöhnung von Gegenkultur und politischem Widerstand im Zusammenhang ?

Die notwendige Krise des politischen Widerstandes

Viel entscheidender jedoch, um ein Krisenbewußtsein hervorzurufen, war es, daß gerade das, was Autonome im Fremd- und Selbstbild der 80er ausmachte, in Frage gestellt wurde: die autonome Identität. Schon viel länger problematisiert, wurden im gleichen Zeitraum 1989ff. die Differenzen hervorgehoben, die sich nicht in einer Einheit versöhnen lassen. Die Machtverhältnisse selbst, die kapitalistische, sexistische und rassistische Ordnung, determinierte ja die autonome Szene selbst. Die oft und gerne verdrängte banale Tatsache, daß wir ja alle die gesellschaftlichen Verhältnisse in uns tragen und durch sie agieren, kam wieder auf die Tagesordnung. Auf dieser Grundlage begann die nicht umgehbare Sezession der autonomen Szene, wie sie sich in tausend und einem auseinanderfallenden Plenum manifestiert/e. Die Gemeinsamkeiten, die gemeinsamen Positionen, die gemeinsamen Kämpfe und Ziele wurden relativiert, Zusammenschlüsse flüchtig. Gemische Gruppe scheiterten in Regelmäßigkeit an den bestehenden Verhältnissen (heißt: am Sexismus). Diese notwendige Krise erlaubte keinen Aufschub und kein einfaches Weitermachen. Zugleich läßt sie sich auch nicht ad hoc lösen. Die Krise ist der notwendige Zustand, solange diese Gesellschaft so funktioniert wie sie es tut. Grundsätzliche Konflikte, strukturelle Machtverhältnisse, wurden jetzt nicht "außerhalb", bei den "anderen" verortet und mit Demos bekämpft, sondern sie waren erkennbar und benennbar bei uns. Das korrelierte mit der Forderung "guter Mensch" zu werden (autonome Männer verzweifelten, sie konnten keine guten Menschen mehr werden...). Und gerade auch das Bild der autonomen Identität schlechthin, der autonome Straßenkämpfer (schwarz, Haßkappe, Molli etc.), wurde als reinster Machismus entlarvt, als Lob der Männern zugesprochenen Tugenden: Kampf, Durchsetzung, Sieg. Diese Haltung konnte eigentlich nur noch mit einer gewissen ironischen Distanz akzeptiert oder "gespielt" werden. Weil es politisch unmöglich wurde die autonome Identität ernst zu nehmen (die Einheitlichkeit, die Geschlossenheit des schwarzen Blocks) begannen wir sie darzustellen.

Das Recht auf Spaß vs. die SpaßverderberInnen

Die Gegenkultur, sowohl diejenige die auch von Autonomen vertreten wurde, als auch die gegenkulturelle Subkultur der Nachtlebensszene hat diese notwendige Krise so nie erlebt. Die gegenkulturelle Forderung nach sofortiger (Lebens-)Intensität und das Recht auf alles (sich alles zu nehmen) sind unter den bestehenden Bedingungen männliche Privilegien: das "männliche Recht" auf den Spaß ("männlich" und "weiblich" sind keine substantiellen Eigenschaften, sondern gesellschaftliche, auf patriarchalen Machtverhältnissen beruhende zuschreibende Konstruktionen).

Gegenkultur ist dominant von Männern organisiert. Sie bildet sich aus über eine meist schon in der Jungenclique erlernte (Geheim-)Sprache, über ein spezifisches Wissen (in der Kindheit waren es die Namen von Fußballspielern, später sind es Bands). In der gegenkulturellen Szene sammeln sich oft gerade Männer, die sich selbst - und nicht zu Unrecht - als "Opfer" und als verfolgt ansehen: sie sind ja aus der Sozialordnung "ausgestiegen" oder es war dort für sie schlicht kein Platz. Gerade der Zusammenschluß in einer Männerband(e) oder schlimmer in einem Männerbund war für sie die Rettung: sie errichteten sich zusammen ihre widerständlerische Welt aus Fußball, Bier, Kneipe, Politik und Musik. Männer spielen in Bands, Männer organisieren Konzerte, Männer haben die P.A. (die "Anlage") etc. pp..(zugleich gibt es aber auch seit Punk / New Wave zum ersten mal wieder viele Frauenbands, deren politische Aussagen aber in aller Regel in den Medien relativiert, banalisiert und entschärft werden). Der Spaß den sie dabei hatten und haben wurde zu ihrer neuen offensiven Identität, eine scheinbare Möglichkeit sich Stärke und Souveränität zu bewahren. Und gerade dieses eben auch als Befreiung empfundene "Recht auf Spaß" wurde nun in Zweifel gezogen. In der patriarchalen Sozialordnung und nach den herrschenden

Konzepten ist "Spaß" männlich konnotiert / bedeutet (was eben nicht heißen soll, daß Frauen keine Spaß haben könnten). "Spaß" heißt hier das selbstverständliche Recht auf alles, Entgrenzung, Verlängerung (der Nacht, des Tanzens, der Jugend), Aufgabe der Selbstdisziplin (Rausch: Drogen, tanzen, Sexualisierung, Nachtleben, ein mehr an euphorischen Momenten). Die "männliche" Bedeutung des Spasses und die Forderungen der Gegenkultur sind identisch! "Spaß" heißt, hier können Männer besonders "männlich" sein und ist aber auch zugleich ein universales Postulat (es könnte lauten: den Spaß vergesellschaften, alle sollen Spaß haben). Spaß ist aber gerade nicht außerhalb von Machtverhältnissen: wenn Männer Spaß haben, tun sie es in der Regel auf Kosten von Frauen (wie sollen also in einer kapitalistisch und patriarchal organisierten Gesellschaft überhaupt alle Spaß haben können? Vielleicht muß, wenn die gegenkulturelle Forderung überhaupt richtig ist, erst Männern der Spaß eingeschränkt werden, damit sich Frauen den Spaß erobern können..). Der Witz am Spaß aber ist ja, über solcherlei Probleme nicht nachdenken zu müssen. Politisch gesehen ist das Ausleben von "Spaß" also unmöglich geworden. der Spaß ist aufgeschoben worden für eine andere Zeit (oder gibt es eben einen anderen "Spaß"?).

Gerade wo sich hier also eine Grenzziehung anbot, die politischen Widerstand und Gegenkultur getrennt hätte (in Politgruppen, Männergruppen, Frauengruppen, sich-selbst-findende, Aufhörende und in die Subkultur abdriftende), kam es dazu, daß an bestimmten Orten - wie z.B. in der Roten Flora in Hamburg - diese wieder aufeinander trafen. Die schärfsten Debatten und Diskussionen, die sich in den letzten Jahren in und um die Rote Folra ergeben haben, geschahen an dieser Linie "differenzierter politischer Widerstand" und "Gegenkultur", Spaßverderben und Spaßhaben: Einer Ami-HC-Band wird der Saft abgedreht, der Gittarist hatte ein Pin Up auf seiner Gitarre / Heiter bis Wolkig / Nackte Männeroberkörper bei Technoveranstaltungen / Das Kabel zum Videorecorder im Darkroom einer Schwulen-Techno-Party auf dem Schwulenpornos liefen wird von einer Gruppe von Frauen und Männern gekappt / das Plakat zu einer Reggae-Veranstaltung basiert auf den Kontaktanzeigen in der Mopo und wird vom Flora-Plenum mit einem Boykottaufruf überklebt / (...)

Spaßhaben hat dabei die größere Lobby, Spaß ist ja positiv bedeutet. Spaß kann auch sagen: ist doch nicht so gemeint, ist doch nur Spaß, ihr müßt auch mal einen Witz verstehen / das gleiche gilte ja für Kunst: ist doch nicht so gemeint (es hat eine andere Bedeutung bzw. es gibt doch gar keine Bedeutung), ist doch nur Kunst, ihr müßt jetzt aber auch mal Kunst verstehen. Damit läßt und liesse sich natürlich alles - jeder Sexismus und Rassismus - rechtfertigen. So ergab sich eine merkwürdige Allianz von den p.c. Feinden des Feuilletons, gewissen St.pauli-Fans und vielen GegenkulturproduzentInnen: die Rede war, daß feministische Zensurkommandos Tabus errichteten, AgentInnen des Bürgertums seien, lebens-und lustfeindlich, puritanisch und verkrampft. Was sie wahrnahmen waren Gesetze und Regeln und Verbote. Ob jetzt hier das Projekt der Gegenkultur oder Männerherrschaft oder beides angegriffen wurde, wurde je nach Position anders gedeutet. Was blieb war das Wirken von Bedeutungen:

Spaßhaben ist positiv, offensiv und "männlich" (egal ob ihn nun Männer oder Frauen haben, es geht um die Art der Bedeutung und nicht um eine substantielle Eigenschaft) - Spaßverderben ist negativ, defensiv und "weiblich". Im Durcheinander von "straight edge", der Utopie von Gegenkultur, männlichen Privilegien, Sexismus und Anti-Sexismus fand nur noch selten eine politische Auseinandersetzung statt.

Und weiter?

Das ist in etwa der Stand der Dinge / Verhältnisse in der roten Flora in Hamburg. Ich denke, daß für jede politische Diskussion und auch für politische Aktionen, für anti-rassistsiche, anti-sexistische politische Arbeit eine Selbstreflektion, die Infragestellung der eigenen (sozialen) Position dringend notwendig ist. Autonome Politik kann nicht auf die Analyse des autonomen "Innenlebens" verzichten (diese findet ja auch nachts in der Kneipe oder den WG-Küchen statt, da darf es aber nicht aufhören).

Die autonome Identitätsbildung ist politisch nicht haltbar. Wir müssen uns von den Bildern, die von uns gemacht werden und die wir selbst (re)produzieren trennen, auch wenn sich dabei das Risiko ergibt, "daß dann ja niemand mehr was macht". Zur Zeit glaube ich eher an Dissenz als an Konsens, an momentan unlösbare Widersprüche, die aber dennoch ausgetragen werden müssen (bestenfalls mit einem gemeinsamen solidarischen Bezug).

Der politische Widerstand der autonomen Szene hat es sich mit deren gegenkulturellen Anteilen bis jetzt zu leicht gemacht, um nicht zu sagen sich ignorant verhalten. Der Gehalt und die Wichtigkeit von Jugendkulturen, Mode, Lebenslust kann gerade von einer politischen Bewegung, die ja selbst mehr oder weniger eine Jugendbewegung war / ist nicht einfach ignoriert werden. Aber das darf wiederum auch nicht in einer bedingungslosen Affirmation aller gegenkulturellen Trends und der Gegenkultur selbst enden. Mehr politische Diskussionen ! Sich und andere ernst nehmen ! Sich nicht an Mythen messen (dem absoluten gut-sein, der unbedingt morgen schon zu erreichenden Revolution, dem existentialistischen entweder-oder, bei dem wir immer alt aussehen oder draufgehen müssen) ! Und das Recht auf alles ist unter den herrschenden Bedingungen eben nicht für alle eine politisch korrekte Losung !

Achtung Hier beginnt ein neuer Artikel: Diskussionspapier zur Antiimperialistischen Zelle

die „gruppe barbara kistler" veröffentlichte in der interim nr.327ein diskussionspapier zur antiimperialistischen zelle (aiz). auch wir sind zur zeit an der arbeit eines diskussionspapiers zur aiz. wir werden es in der nächsten zeit veröffentlichen. diese vorzeitige stellungssnahme kam wegen des inhalts des schreibens der „gruppe b. kistler" zustande. kurz- die politische aussage dieser gruppe hat uns derart erregt, daß wir mit unserer reaktion nicht warten wollten, bis unser eigentliches schreiben fertig wird.
uns ist nicht klar, was die „gruppe b.k." mit der veröffentlichung solch eines textes bezwecken will. das schreiben ist von einem äusserst unsolidarischen stil geprägt, des weiteren enthält es behauptungen, die durch bloßes lesen der papiere der aiz, jegliche berechtigung verlieren.
die praxis und die politischen aussagen der aiz werden mit einer oberflächlikeit abgehandelt, die uns sehr suspekt erscheint. unserer meinung nach enthalten die diskussionspapiere der aiz aussagen von hohem politischen wert. eine
auseinandersetzung mit der aiz ist für alle menschen, die noch an der weiterentwicklung/neubestimmung revolutionärer politik in der brd festhalten, dringend nötig. wir werden demnächst unseren teil dazu beitragen.
ihr (gruppe b.k.) schreibt:„die aiz konnte die zäsur der raf im april 92 nicht nachvollziehen und sieht die eigene politik als fortsetzung der alten linie." diese behauptung ist schlicht falsch. schon in ihrem ersten diskussionspapier vom 22.5.92 schreibt die aiz:„wir wollen aus den theoretischen/praktischen erfahrungen der guerilla (und das heißt eben auch: aus ihren fehlern) lernen und zur weiterentwicklung von militanter politik in diesem land beitragen."
die behauptung, die aiz hielte an der alten linie der raf (bis zum april 92) fest, sagt uns entweder, daß ihr keines der diskussionspapiere der aiz gelesen habt, oder, daß ihr die aiz vorsätzlich mittels falscher aussagen diskreditieren möchtet. es kann euch doch nicht völlig entgangen sein, das gerade die aiz eine der wenigen gruppen ist, die eine neubestimmung von militanter politik in der brd propagiert. und auch zur auseinandersetzung mit der alten politik der raf haben wir von der aiz schon einiges, wie wir meinen produktives, lesen können (siehe zb.den text vom 8.7.94).
desweiteren finden wir es unmöglich, wie ihr eure negative bewertung der von der aiz durchgeführten aktion gegen köhler, unter anderem damit begründet, daß eine potentiell tödliche gefährdung auch von unbeteiligten existiert hätte. klar ist doch, daß wenn irgendwo eine bombe oder ein brandsatz hochgeht, es rein theoretisch nie gänzlich ausgeschlossen werden kann, daß durch zufällige ereignisse unbeteiligte gefährdet werden. zufälle kann mensch auch durch genaues planen nicht ausschließen. es hätte doch auch sein können, daß ausgerechnet in der nacht, in der euer brandsatz im cdu büro hochgeht, sich gerade ein mensch (z.b.ein einbrecher) dort befindet. oder das die bullen, die bombe die den neuen abschiebeknast in berlin zerstören sollte, genau in dem augenblick entdecken, indem sie losgeht. für die aktion selber würden die bullen dann zur kategorie „unbeteiligte" zählen, da sie nicht ziel der aktion waren. doch lassen wir diese absurden spekulationen, die wie ihr seht zu nichts führen. klar sollte jedoch sein, das aktionen so angelegt sein müssen, daß unbeteiligte nicht gefährdet werden. unberechenbare zufälle jedoch lassen sich fast nie völlig ausschließen. diese kriterien sehen wir jedoch bei den von der aiz durchgeführten aktionen erfüllt.
der nächste punkt auf den wir eingehen möchten ist der abschnitt eures schreibens, der mit „solidarität" überschrieben ist. ihr stellt klar, daß euch eine solidarisierung mit libyen unmöglich sei. als gründe führt ihr aus dem zusammenhang herausgerissene zitate von oberst muammar al-qaddafis grünem buch an, die als beweis für die inexistenz emanzipativer ansätze herhalten sollen. auch diese aussage ist ein weiteres beispiel für den oberflächlichen und leichtfertigen umgang den ihr bei eueren analysen an den tag legt.
die verteufelung von allem was nicht in das gängige autonome pc-schema paßt scheint ein charakteristikum dieser zeit zu sein. tatsache jedoch ist,- die große sozialistische libysch-arabische volksjamahiriya ist eines der letzten klar antiimperialistischen länder dieser erde. das libysche volk hat eine form der basisdemokratie entwickelt, die in ihrer existenz einzigartig ist. die organe der volksmacht sind von unten (volksausschüsse) nach oben (allgemeiner volkskongress) nach dem prinzip der subsidiarität aufgebaut. das zweite element, daß die erhaltung und unverfälschte umsetzung der volksmacht garantieren soll ist die anwendung des imperativen mandats. das heißt, es gibt in libyen keine volksvertreter. sondern die kongresse setzen sich ausschließlich aus deligiertInnen mit klarem auftrag zusammen.

die analphabetenrate libyens konnte von 90% zum zeitpunkt der unabhängikeit 1969 auf heute unter 40% gesenkt werden. es besteht allgemeine schulpflicht, und die einschulungsquote liegt über 90%. es existieren keine slums, denn jede familie besitzt eine wohnung. gesundheitsversorgung ist in libyen kostenlos, und so stieg die lebenserwartung von 37 jahren 1969, auf weit über 60 jahre. desweiteren ist die jamahiriya das einzige arabische land, das jedem menschen ein mindesteinkommen garantiert und eine sozialversicherung gewährleistet, die internationalem vergleich standhält.
zur rolle der frauen in der libyschen gesellschaft schrieb karam khella in der zeitung al karamah:„libyen ist eines der arabischen und islamischen länder, in dem die traditionelle

rolle der frau in schnellen schritten überwunden wird. in ausbildung, beruf und entscheidungsstrukturen (volkskongresse) weist der anteil der frauen eine stetig steigende tendenz auf . die mobilisierung der frauen hat der libyschen revolution einen unverzichtbaren dienst geleistet. hervorzuheben ist, daß gerade bei diesem aspekt, die tatsächliche frauenpraxis bei weitem die grenzen, die ihnen vom grünen buch dritter band zugesprochen werden, übertrifft.“

klar ist dennoch, das auch libyen ein noch weitgehend männerdominiertes land ist.
unser fazit, im gegensatz zu dem der „gruppe b.k.“, ist: gerade jetzt (uno sanktionen wegen der nichtauslieferung zweier libyer, denen eine beteiligung an lockerbie vorgeworfen wird) ist die jamahiriya in einer situation, in der sie unterstützung benötigt. die aggressoren wissen nur zu gut, daß eine landinvasion libyens ein selbstmörderischer amoklauf wäre. denn unter den leitmotiven „die waffen, die reichtümer und die macht in die hand des volkes. das bewaffnete volk ist unbesiegbar!“ wurde seit 1980 die breite bewaffnung aller libyer organisiert. so wählen die imperialistischen länder, allen voran die usa, andere formen wie feige luftangriffe oder sanktionen, um die jamahiriya zu zerstören. die zerschlagung der jamahiriya wäre ein herber rückschlag für alle progressiven antiimperialistischen und antizionistischen kräfte im gesamten arabischen raum.

darum,- werden wir aktiv, lassen wir das libysche volk in ihrem kampf gegen den us-imperialismus nicht allein stehen! die uno sanktionen müssen fallen. (ein gar nicht so schlechtes buch zur jamahiriya wäre “libyen im fadenkreuz“ von ingrid schnurbusch)

zum schluß wollen wir noch kurz auf die aufforderung der „gruppe b.k.“ eingehen, die aiz solle sich doch besser auflösen. die antiimperialistische zelle ist eindeutig eine der wenigen revolutionären militanten zusammenhänge in diesem land. kritik an ihren politischen inhalten und ihrer praxis ist auf alle fälle nötig. wichtig ist jedoch auch ein solidarischer umgang untereinander. forderungen wie eure nach der auflösung der aiz sind hier nicht nur kontraproduktiv, sondern bewegen sich schon auf der linie von counterinsurgency.

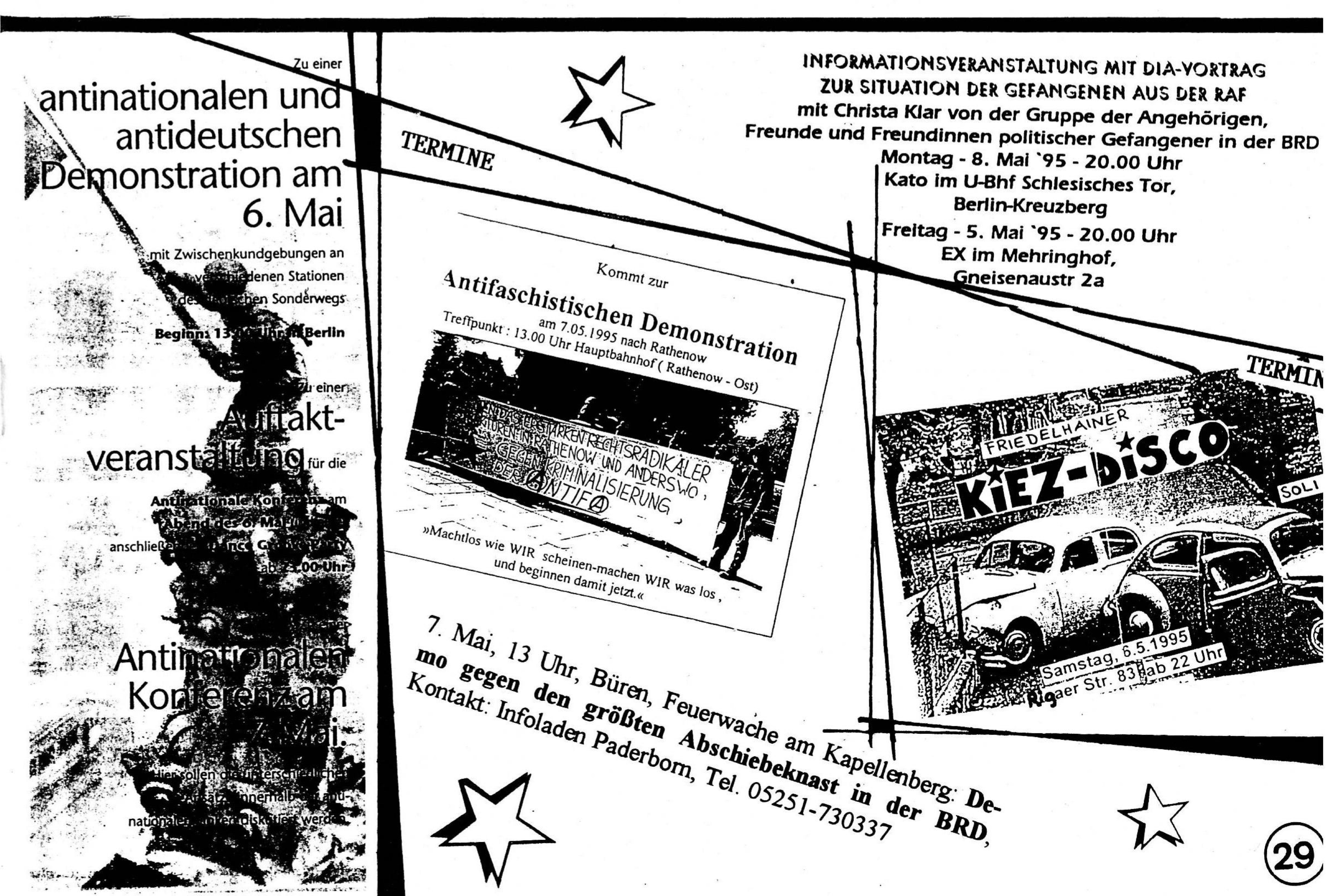
das wars erstmal von uns.

ehrenvolles gedenken dem mitglied des kommandos „holger meins“, siegfried hausner, der heute vor 20 jahren während der besetzung der deutschen botschaft in stockholm ermordet wurde.

wir werden siegen!

there are different places, but there is only
one front - fight imperialism, everywhere.

25.4.95 - die erben des zorns.





VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN

Vortrag und Diskussion

DIE ARBEITSGESELLSCHAFT
- EIN AUSLAUFMODELL

Fragmente zur Analyse der "postmodernen" Industriegesellschaft
- Teil 2 -

Montag d. 8. Mai um 19 Uhr
im "Lavandevil"
Schustehrusstraße 3
(Nähe U-Bhf. Richard-Wagner-Platz)

DEMO 8.5.
Kampf den deutschen Zuständen
15.30 Uhr, Nollendorfplatz

Tania-La Guerrillera
Portrait einer Revolutionärin
16mm Film, BRD 1990, 90 min., Regie: Heidi Specogna, Dokumentarfilm
Mittwoch 10.05. um 20.00 Uhr
El Locco

Mo 8.5. 20 Uhr Volxküche
ab 22.30 Uhr Film zur Befreiung vom Hitlerfaschismus

im KOB Potsdamerstr. 157

SCHWARZE RISSE
Veranstaltungen Winter/Frühjahr 1995
Eintritt 3,- DM
Freitag, 12. Mai, 20.00 Uhr zum Buch
Zwischen Flucht und Arbeit
Beiträge zur Ost-West-Migration
mit dem Verlag Libertäre Assoziation
im Buchladen SCHWARZE RISSE
Gneisenaustraße 2a · 10961 Berlin
U-Bhf. Mehringdamm

BesetzerInnen Kongreß
vom 12. - 14. Mai
in Leipzig
(siehe S. 14/15)
am 14.5. **DEMO!**
13 Uhr am
Connewitzer Kreuz

13. Mai (Sa), 11-14 Uhr, Abschiebeknast Offenbach, Luisenstraße: **Knastbeben** - Kundgebung und Musik

Castor Nix Karawane

REPUBLIK FREIHES WENDLAND

Sie rollt wieder für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Zwischen dem 8. Juli und dem 13. August will sie die inDiskussion stehenden End- und Zwischenlagerstätten Gorleben, Morsleben, Greifswald und die Städte Salzgitter, Berlin u.a. mit buntem Leben füllen. Damit auch alle Räder in die gleiche Richtung rollen, laden wir allen Interessierten zu folgenden Treffen ein:

12. 5. – 14. 5. *Zentrales Koordinationsstreffen* (ZK) am Zwischenlager in Gorleben zur Planung der Fahrstrecke, Pressearbeit und Aktionen.

2. 6. – 5. 6. (Pfingsten) *Kulturelles Planungstreffen* (KP) und Aktionswochenende für alle Clowns, Pappnasen, WiderständlerInnen, Anti-Atomgruppen und BI´s, die mit uns die Karawane inhaltlich und aktiv gestalten wollen.

Kontakt in Berlin
c/o Republik freies Wendland/Ortsgruppe Berlin
Jugendumweltladen, Jagowstr. 12
10555 Tiergarten

Gorleben soll leben

Infos
c/o Andreas Panzlau
Stettiner Str. 1
25541 Brunsbüttel

Tel.: 04852-3761

Jeweils am 2. Sonntag des Monats
AUTONOMES TIERRECHTS CAFE
Clash
14. Mai 95 ab 16.00 Uhr
Revolution - ohne Veganismus?
eine Diskussionsveranstaltung

Morgens beim Frühstück in der Frauen/Lesben-WG

Xenia: Yvonne, kommst du jetzt endlich, der Kaffee wird kalt und ich hab' keinen Bock, dauernd auf dich zu warten!

Yvonne(kommt angeschlappt): Hey, sorry, bin echt nicht hochgekommen, waren anstrengende Nächte im Prenzlberg und ich bin immer noch neben der Kappe, ich vertrag das CS-Gas einfach nicht.Ich bin immer noch durcheinander, und jetzt hab' ich auch noch vorm Aufstehen den Aufruf für die Demo am 8. Mai gelesen, den ich gestern aufm Straßenfest eingesteckt habe. Jetzt kapier ich gar nichts mehr - 1000 Demos in letzter Zeit, und jetzt noch 3 zur gleichen Sache an einem Wochenende, das ist mir echt too much, ich fahr am Wochenende zu meinen Eltern.

X: Du spinnst ja, an diesem Wochenende auf die Straße zu gehen ist doch wirklich wichtig!

Y: Ja klar ist das wichtig, aber gleich 3 Tage hintereinander...gehst du da zu allen 3 Demos?

X: Nee, auf die breite Bündnisdemo am Sonntag gehe ich auf keinen Fall, dann schon lieber auf eine der beiden anderen Demos. Wie ist denn der Aufruf, den du grade gelesen hast?

Y: Schon ganz o.k., aber relativ abgehoben und intellektuell für 'nen Demoaufruf. Und außerdem auch ein bißchen schwammig, die sagen zwar schon was zu fortbestehenden Grundstrukturen, aber wie die sich in der Bevölkerung und in der HERRschenden Politik dann konkret ausdrücken, schreiben sie nicht.

X: Ja, aber wie sich Unterdrückungsformen ausdrücken, wissen wir doch alle - du kannst ja nicht jedes Mal seitenlang was zum "Asylkompromiß", den Pogromen oder zum Alltagssexismus schreiben. Das alles genau zu erklären, kann doch auch den Rahmen von so einem Aufruf sprengen., wenn du darauf achtest, daß alle Unterdrückungsformen gleich viel Raum erhalten.

Y.: Stimmt, auf die ewig gleichen Schlagwörter kann ich dann auch verzichten. Wie ist das denn bei dem anderen Aufruf zum 6., das ist doch so ein saulanges Ding, vielleicht steht das da ja alles drin. (beißt vom Brötchen ab) Obwohl - vorstellen kann ich mir das ja nicht so recht...

X.:Naja, den habe ich auch nur überflogen, 16 Seiten waren mir echt zu lang - und die bringen es fertig, in so 'nem langen Text patriarchale Strukturen völlig 'rauszulassen!

Y: Das wundert mich aber gar nicht, die Demo ist doch von den Antideutschen. Weißte nicht mehr, die eine Veranstaltung von denen, auf der wir zusammen waren?

X: Au ja, KREISCH, ich reg' mich gleich wieder auf, gib mir sofort den Kaffee. Ich hab' schon wieder das Bild von diesem arroganten Laberkopf von der jungen Welt vor Augen, weißte, der mit dem Hauptwiderspruch...

Y: Hat der das echt so gesagt?

X: Nee, auf der Veranstaltung nicht, aber in der Zeitung hat er das neulich so geschrieben.

Y: Das gibt's ja nicht!... Naja aber erstmal glaube ich nicht, daß der da in dem Kreis der einzige ist, und schau dir doch mal die autonomen Macker an, die trauen sich ja bloß nicht mehr, so was zu sagen. Aber ehrlich gesagt reicht mir das Thema langsam, das hatten wir doch gerade beim Kongreß schon wieder bis zum Abwinken. Ich kann's echt nicht mehr hören - wie ist das denn jetzt mit dem Demowochenende?

X: (schlürft Kaffee) Ja, recht haste. Ich hab auch keine Lust mehr, mich dauernd an den Typen abzuarbeiten. Aber wenn das mal das einzige wäre, was mich an den Antideutschen nervt. Den Aufruf fand ich zwar nicht so schlecht, auch wenn da einiges fehlt, aber wenn ich daran denke, wie die mit anderen linken Gruppen umgegangen sind...

Y: Stimmt, da habe ich ja auch so einige Geschichten gehört, so mit der Dresden-Diskussion und diesem Bomber Harris-Spruch. Wie war das nochmal?

X: Da kursierte die Parole "Bomber Harris do it again", und als Leute Widersprüche damit geäußert haben, wurden sie als Kollaborateure mit Deutschland diffamiert. Die haben doch Dresden als Lackmustest der Linken bezeichnet.

Y: Ach, in der Interim war dazu doch auch die ganze Zeit 'ne heftige Debatte, da kam ich auch nicht mehr so richtig hinterher. Diese ganzen Anfeindungen konnte ich nicht mehr nachvollziehen. Die Interim hat dann die antideutschen Texte zensiert, was mir als Gegenreaktion doch 'n bißchen zu weit ging.

X: Ja, korrekt war das nicht, aber mir gingen die Antideutschen mit ihrer Besserwisserei auch auf die Nerven. Die haben ja allen Menschen, die nicht so denken wie sie, ein politisches Bewußtsein abgesprochen. - Gibst du mir mal die Butter? - Ähm... Aber ich glaube, in ihrem Aufruf sind sie nicht mehr so undifferenziert. da reden sie auch nicht die ganze Zeit pauschal von den "Deutschen". Ich habe eigentlich auch keine Lust, auf deren Abgrenzungsteile einzusteigen. Ich glaube, ich geh mal auf die Demo von denen, Samstag paßt mir auch besser als Montag.

Y: Aber Montag find ich viel wichtiger! Da ist ja der Staatsakt am Gendarmenmarkt, und ich find's gut, auch genau da was zu machen.

X.: Aber ob das von der Demo aus geht? Da ist dann doch bestimmt alles voller Bullen - wenn die Demo nicht sowieso verboten wird...

Y: Laß uns doch einfach mit den anderen da hingehen und mal gucken!

X: Okay, aber am Sonnabend, da schaun wir dann wenigstens auch mal hin! —

Leider wurde unser gemütlicher Frühstücksplausch schlagartig beendet, als Katja mit der jungen Welt in die Küche kam. Dort ist heute (Dienstag) ein Kommentar erschienen, in dem sich die junge Welt darüber freut, daß in Oldenburg eine Lesung ihres Mitarbeiters Wiglaf Droste trotz "ebenso notorischer wie langweiliger Sexismusvorwürfe" stattfinden wird. Zu der Kritik an Drostes aktiver Beteiligung an der "Mißbrauch-mit-dem-Mißbrauch-Kampagne" fällt ihnen folgendes ein: "In diesen Kreisen gilt offenbar jeder, der sich nicht an der hysterischen Potenzierung der Mißbrauch-Dunkelziffern beteiligen will, als potentieller Kinderschänder und Mittäter."

Mit einer solchen Aussage stellt sich die junge Welt klar auf Drostes Seite und damit auf die der TäterschützerInnen. Wir fordern von allen MitarbeiterInnen der "linken" Tageszeitung, umgehend zu diesem Angriff auf feministische Positionen und Projekte öffentlich Stellung zu beziehen!!!

Die Schwule Antifa präsentiert:

H-Bar

Film & Kneipe jeden ersten Donnerstag im Monat



V. i. S. d. P.: H. Milch, Kuh-Damm 95, 10711 Berlin

4.Mai

"Der Attentäter"

Dokumentarfilm über den 17- jährigen polnischen Juden Herschel Grynspan, der den Gesandtschaftssekretär der deutschen Botschaft in Paris erschoß. Dies wurde vom nationalsozialistischem Deutschland zum Vorwand für die Pogromnacht genommen.

1.Juni

"Wir hatten ein großes A am Bein"

Video über die Verfolgung und Vernichtung von Homosexuellen im 3.Reich und die weitere Verfolgung in der BRD mit dem von den Nazis verschärften §175.

6.Juli

"Die Konsequenz"

Dramatische Liebesgeschichte zwischen einem wegen §175 Inhaftierten und dem Sohn des Knastdirektors

+++H-Bar immer in der Lychi (=Lychener Str. 60)+++zu erreichen: zu Fuß, mit Fahrad,Tram 13 U Eberswalder Str., S Schönhauser Allee, Nachtbus N52+++Film 20:30, Kneipe ab 22:00+++

Veranstaltung ist empfohlen von der "Initiative Schwule retten die junge welt"